

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60 monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Sonntag den 11. Januar 1902.

9. Jahrgang.

Siezen eine Beilage.

Kapitalistische Perspektiven.

I.

Wp. Das Kapital hat, ganz im Sinne seiner revolutionären Entwicklung, das zwanzigste Jahrhundert mit einer gewaltigen Handelskrise eingeleitet. Mit einer über alle Maßen hinaus gehenden Anstrengung der kapitalistischen Produktionskräfte schloß das 19. Jahrhundert, mit der Zertrümmerung des Geschaffenen begann das 20. Soeben ein märchenhafter Goldregen, der sich über Alles ergoß und Alles zu beleben schien, eine mächtig aufblühende Industrie, ein nicht mehr zu bewältigender Eisenbahnverkehr, Städtewachstum und Wohnungsmangel, überfüllte Staatskassen und sich leerende Gefängnisse, eine sich rasch mehrende Bevölkerung, Volksmassen, die den Fabriken zuströmten, weil der Landarbeiter wie der Bauer dort besseren und reichlichen Verdienst fanden, — und nun der Zusammenbruch, Schutt und Trümmer. Produktion, Verkehr, Handel liegen darnieder, die Staaten stehen vor dem Bankrott, wenn sie nicht neue Steuern schaffen, die industrielle Bevölkerung läuft auseinander, die Geburtenziffer sinkt, die Todtenziffer steigt, Massen Arbeitsloser überfüllen die Straßen, und ein Verzweiflungsschrei durchzieht das Volk, steigt, wächst an, erhebt sich millionenfach bis zu den Spitzen des Staats: „Arbeit und Brod!“

So brachte der Kapitalismus an der Scheidegrenze der zwei Jahrhunderte seinen innern Widerspruch zum Ausdruck, an dem er untergehen muß: den Konflikt zwischen der kapitalistischen Revolution der Produktion mit ihrer endlosen Steigerung der Produktionskräfte und der engen steifen Beschränktheit der kapitalistischen Eigentumsform.

Wohl wird das Kapital auch die gegenwärtige Krise überwinden, wie die anderen zuvor. In die düstere Nacht des allgemeinen Bankrotts spielen bereits die ersten Hoffnungsstrahlen einer neuen Gründerthätigkeit hinein. Die Börse erblüht bereits öffentlich in der Handelskrise einen „Wendungsprozess“, sie tröstet sich damit, daß die vertrachten Banken nicht mehr wieder vertrachten können. Mit anderen Worten, der kapitalistische Expropriationsprozess (Enteignungsprozess) hat seine Arbeit gethan, und nun fühlt sich das konzentrierte Kapital zu neuen Thaten begeistert. Die Schwindler sind wir los, der Schwindel kann beginnen!

Zwar ist der Zeitpunkt des Abchlusses der Krise noch nicht abzusehen, doch daran kann es keinen Zweifel geben, daß das Kapital aus ihr verstärkt, „geläutert“, konzentriert hervorgehen wird, um mit einer noch vielfach gesteigerten Energie die Produktionsentwicklung weiter zu treiben. Erst zerstören, dann aufbauen, und aufbauen, um wieder zu zerstören! Die kapitalistische Welt existiert nur, solange sie Welten zerstört.

Das Kapital hat nun mit Feuer und Schwert sich einen Weg bis in das Herz Chinas gebahnt. Vergebens erhoben sich die chinesischen Bauern, um die tausendjährigen Grundpfeiler ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen — das Kapital schickte Schiffsabteilungen voll Soldaten, und vor der Staatsraison des kleinkalibrigen Gewehrs mußte die heilige Ordnung in China weichen. Die Blutarbeit des Kapitals in China ist gewiß noch nicht zu Ende. Bis die Chinesen gelernt haben werden, das kapitalistische Expropriationsgeschäft ruhig über sich ergehen zu lassen, widerstandslos zurückzweichen, wo das Kapital seinen Fuß setzt, breiten Volkschichten Arbeit und Brod entziehend, sich bezimern zu lassen, stumm zu verhungern, wie die Bauern im englischen Indien oder die Muschiks in Rußland, braucht es noch geraume Zeit und bis dahin wird die Mordbrennerkultur die Kultur des Profits auf Schritt und Tritt begleiten müssen — aber zu dem Zweck baut man ja auch in Europa und Amerika ohne Unterlaß Kriegsschiffe und rüstet Armeen. Für eine Zeit lang scheint eine gewisse Beruhigung eintreten zu wollen — sie wäre schon früher eingetreten, wenn die europäischen Heere früher abgezogen wären — und nun wird man mit dem größten Eifer an den Bau von Eisenbahnen, Bergwerken, Eisenhütten und Baumwollspinnereien gehen. Wenn nun auch in China kein politischer Widerstand mehr die Industrialisierung des Landes aufhalten vermag, so ist dieser politische Widerstand in Zentralasien, in Persien, in Kleinasien erst recht nicht mehr zu befürchten. Die Industrialisierung des asiatischen Festlandes ist die nächste, große, revolutionäre Aufgabe, an die das Kapital jetzt mit aller Energie herantritt.

Auf der anderen Hemisphäre (Halbkugel) schreitet die kapitalistische Erschließung Südamerikas rüstig vorwärts. Nach einer Pause von mehreren Jahren tritt Argentinien wiederum als Getreideexportland in den Vordergrund. Die Zucker- und Tabakkultur Zentralamerikas machen unter dem pekuniären und politischen Einfluß der Vereinigten Staaten eine treibhausmäßige Entwicklung durch. Aber erst mit der Durchstichung der Panama-Landenge werden die wirtschaftlichen Potenzen des südlichen Amerikas voll ausgenutzt werden können.

Schließlich macht sich das Kapital das unwirkliche

Afrika immer mehr unterthan. Aber diese weiten Perspektiven des kapitalistischen Weltmarktes erscheinen eng und klein, wenn man auf den Weg zurückblickt, den das Kapital bereits zurückgelegt hat, die Produktionspotenzen sich vergegenwärtigt, mit denen es seine neue Entwicklung beginnt.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübener Volksbote“.)

Berlin, den 9. Januar 1902

Im Reichstage wurde heute der Etat weiterberathen. Das Charakteristische der heute gehaltenen Reden bestand darin, daß sie wirklich vorwiegend vom Etat und der Finanzlage handelten. Schon lange nicht haben finanztechnische Erörterungen in der Etatsberathung eine so große Rolle gespielt, wie diesmal; noch selten sind so wenig allgemein politische Reden dabei gehalten worden. Nur Genosse Bebel, der noch zu Worte kommt, wird das Verfaulende nachholen und die Debatte dann gewiß auf die gewohnte Höhe führen. Nach den heute gehaltenen Reden hielt es kein Minister notwendig, in die Debatte einzugreifen. Der Reichskanzler war zwar anwesend, blieb aber stumm; er hatte auch wirklich kaum Anlaß das Wort zu nehmen. Einzig Herr Kraetke, der neu ernannte Staatssekretär des Reichspostwesens, der Nachfolger Bobbielskis, fühlte sich veranlaßt, ein paar kurze Bemerkungen auf eine Anpassung des Zentrumsabgeordneten Bachem zu machen und die Etatsüberschreitungen im Postetat zu rechtfertigen. Herr Kraetke ist ein alter, im Postwesen grau gewordener Bureaukrat, er vertritt die alte Schule, die in der Post ein reines Erwerbsinstitut sieht und vor verbilligenden Reformen zurückschreckt, weil dadurch die Einnahmen einen, wenn auch einen vorübergehenden Ausfall erleiden könnten. Der erste Redner aus dem Hause war der schon erwähnte ultramontane Herr Bachem. Er stellte die schlechte Finanzlage des Reichs in das rechte Licht, versuchte aber seine Partei reinzuwaschen von der Mitschuld, diese schlechte Lage mit herbeigeführt zu haben. Die Herren kennen in ihrem Bewilligungseifer für Heer und Marine keine Grenzen, dann aber wollen sie es nicht gewesen sein. Gegen die Wegnahme der Bekinger Instrumente wie gegen Herrn Chamberlain fand der Zentrumsredner einige scharfe Worte. Am bedeutungsvollsten waren die Ausführungen des Abg. Richter. Sie bildeten in der Hauptsache eine Abrechnung mit der Finanzwirtschaft im Reiche und ihrem Leiter, dem Schatzsekretär Herrn von Tziellmann. Sehr amüsiert sprach Richter auch über unsere oberfaule Kolonialpolitik. Mit den Leukerungen des Reichskanzlers vom gestrigen Tage über die auswärtige Politik war er im Ganzen einverstanden. Zum Schlusse empfahl er die alte preussische Sparfamkeitspolitik auch dem Reiche. Für die Reichspartei sprach der Abg. v. Kardorf; er sang ein Loblied auf den neuen Kurs des Grafen Bülow, der im Zolltarif und in der Antipolenpolitik den markantesten Ausdruck gefunden hat, und stellte die Regierung an, das Maas ihrer Güte voll zu machen und den Junkern noch ein neues Sozialistengesetz wie eine die Freizügigkeit einschränkende Gesetzesvorlage zu beschleeren. Auf der Linken wurden diese Herzensergüsse der schönen Seele mit gebührender Heiterkeit aufgenommen. Nach einer recht belanglosen Rede des freisinnigen Abg. Schrader wurde die Sitzung vertagt. Morgen findet die Fortsetzung der Debatte statt.

118. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky, Febr. von Tziellmann, später v. Bülow.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.
Dr. Bachem (Ztr.): Das Bild, das der Reichsschatzsekretär gestern gezeichnet hat, ist das trübste, das wir je gehabt haben. Noch 1899 schilderte er die Finanzlage als eine rosig und erhellte sich gegen die Schaffung neuer Steuern (Sehr richtig! i. Ztr.), ebenso wie Herr v. Tziellmann nach der letzten Flottenvorlage neue Ausgaben für die Flotte leugnete. Jetzt sind nun die großen Mindereinnahmen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und die großen Mehrausgaben z. B. bei dem Chinaunternehmen gekommen. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind zurückgegangen und unsere Verschuldung ist in einem Maße gestiegen, wie man es vor 10 Jahren noch für unmöglich gehalten hat. Meine politischen Freunde haben bei jeder Gelegenheit versucht, die Höhe der Ausgaben einzuschränken (Woh! recht!), leider haben wir bei den Nationalliberalen nicht die genügende Unterstützung gefunden. Die Hauptschuld an der Steigerung liegt aber nicht bei den Mehrheitsparteien (Woh! b. d. Soziald.), sondern bei dem Bundesrath. Auch die Post hat nur einen ganz geringen Ueberschuß abgeworfen. — Ich komme nun zu den Ausgaben der China-Expedition. Herr Südekum hat gestern gesagt, diese Expedition wäre eine große Blamage für uns gewesen. Nach seinen Ausführungen mußte man glauben, der Sozialdemokratie wäre es recht gewesen, wenn wir auf die Ermordung unseres Geleitsen v. Ketteler schloß nicht reagiert hätten. Von der Sozialdemokratie haben wir ja bis jetzt überhaupt nur Abregeln über die Sühnerpedition gehört. Ich halte dies aber nicht für richtig mit Ausnahme einer Ermordung, die besser unterblieben wäre, als meine die Fortnahme der astronomischen Instrumente aus der Sternwarte in Peking. Die Kriegsverwaltung hat ja das Unberechtigte der Wegnahme schon zuge-

geben, indem sie diese Instrumente der chinesischen Regierung wieder zur Verfügung gestellt hat. Man hätte aber die Pflicht gehabt, die Kosten für den Rücktransport selbst zu übernehmen. — Entschieden müssen wir uns gegen die Ausführungen des Professors Laband wenden, der die Aufhebung der lex Frankenstein fordert. Herr Laband ist es gegangen, wie so vielen anderen Professoren, die aus ihrer Lehrstube hinaus ins öffentliche Leben treten, er beurteilt ohne genügende Kenntniß die Dinge vom grünen Tisch. Die gewünschte Reichsfinanzreform würde eine ganz falsche Richtung einschlagen, wenn sie mit einer Befestigung der Klousala Frankenstein begänne. (Reichskanzler Graf Bülow betritt den Saal.) Was nun die allgemeine Lage anlangt, so habe ich mich zunächst gefreut, daß gestern auch von Seiten der Regierung die bekannte Aeußerung des englischen Ministers Chamberlain eine Zurückweisung erfahren hat. Graf Bülow hat auch über den Dreibund gesprochen. Wenn auch der Dreibund die Verzöhnung der nationalen Gegensätze der 60er und 70er Jahre darstellt, wie er ausführt, so wird doch dadurch die Wegnahme des patrimonium petri nicht berührt, dessen Wiederherstellung im Interesse aller Katholiken des Erdreichs liegt (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichsamts Kraetke: Die großen Etatsüberschreitungen der Post sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen infolge der Verringerung der Zeitungs- und Fernspreckgebühren abgenommen haben. Große Ausgaben haben auch die erhöhten Beamtengehälter zur Folge gehabt. Die Post hat also keineswegs mit dem Gelde leichtfertig um sich geworfen.

Richter (Ztr.): Mit den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers über den englischen Minister Chamberlain können wir uns durchaus einverstanden erklären. In dieser Frage wird sich die Wichtigkeit des Ausspruches des Grafen Caprivi erweisen, daß in nationalen Fragen alle Deutschen einig sind. Damit, meine ich, wäre nun in der Sache genug geschehen. Wir haben Wichtigeres zu thun, als uns mit den Entgleisungen dieses auswärtigen Ministers zu befassen. (Sehr richtig! links). Die beiläufigen Bemerkungen des Grafen Stolberg über den Dreibund schienen dem Reichskanzler eine willkommene Gelegenheit, sich hierüber auszusprechen. Ich stimme ganz dem bei, was der Reichskanzler über die Bedeutung und Geschichte des Dreibundes gesagt hat. Nur der letzte Theil seiner Ausführungen war mir nicht ganz klar. Er sagte, der Dreibund sei keine absolute Nothwendigkeit mehr. Das heißt etwa: der Dreibund ist ja ganz schön, aber wenn er nicht da ist, dann geht es auch so. Was haben diese Aeußerungen jetzt für einen Zweck? Bileicht sind sie nicht an unsere Adresse, sondern an die Adresse der Dreibundregierungen und deren Volksvertretungen gerichtet, um die Erneuerung von Verträgen zu erleichtern. Der Herr Reichskanzler meinte weiter, die Westpolitik biete erhöhte Garantien für den Frieden. Dieser höheren Metaphysik ist mein beschränkter Unterthanenverstand nicht gewachsen. (Sehr richtig! links). Je größer die Neigungslinie ist, um so leichter können Reibungen entstehen. Der Schatzsekretär hat nicht Recht, wenn er den ungünstigen Etat dieses Jahres auf die Depression der Erwerbsverhältnisse zurückführt. Er hat nur die Einnahmen des Reichs in den verschiedenen Jahren verglichen, nicht aber über die steigenden Ausgaben gesprochen. (Sehr gut! links). Dabei sind die 500 Millionen Zölle durch die Depression nicht berührt. Der Staatssekretär sprach bei dieser Gelegenheit auch von der Brüsseler Zuder-Konferenz. Er pflanzte noch am Grabe die Hoffnung an. Man sollte die Ausfuhrprämien selbstständig aufheben, dann müßten wir mit einem Schlage 93 Millionen Mark sparen. Der Schatzsekretär sprach von den tieftraurigen Verhältnissen der Post. Es sind zwar einige Ermäßigungen in verschiedenen Tarifen eingetreten. Was sind dies aber für Kleinigkeiten gegenüber dem Milliarden-Etat. Die Ausgaben für Heer und Marine haben sich eben fortgesetzt gesteigert, und da die Einnahmen nicht im gleichen Maße wachsen, ist die ungünstige Finanzlage da. Die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien sind in den letzten fünf Jahren, abgesehen von den einmaligen Ausgaben, um 148 Millionen gestiegen. Wo hat denn der Reichstag auf neue Ausgaben gedrängt? Bei allen Militärverordnungen hat der Schatzsekretär die Finanzlage im rosigsten Licht gemalt. Er ist im Gegentheil zu Herrn von Miquel, dem Schwarzjäger, ein Schwärzlicher. (Heiterkeit.) Als ihm nach dem Wortergesetz die neuen Steuern präsentirt wurden, sagte er, er wisse gar nicht, was er mit dem Gelde anfangen solle. Noch im vorigen Jahre war der Staatssekretär heiter und guter Dinge (Heiterkeit). Es sei ja ein Umschwung eingetreten, aber es sei doch mit Freuden zu begrüßen, wörtlich mit Freuden zu begrüßen (Große Heiterkeit), daß sich der Umschwung im Stillen vollzogen habe und nicht mit einem Knack, wie im Jahre 1873. Das Reichsschatzamt in keiner gegenwärtigen Organisation hat sich nicht bemüht, es hat fast immer daneben geschäft. Schon früher haben wir deshalb ein wirklich selbstständiges Finanzministerium gefordert. Der Schatzsekretär warnte vor der Erhöhung der Militärbeiträge. Ja, wenn die Herren im Bundesrath mitrathen wollen, müssen sie auch mithöhen. Für dieses Jahr hat man sogar die Militärbeiträge um 2 1/2 Millionen verringert. Ich komme nun zum Militär-Etat. Da neue Formationen durch Gesetz ausgeschlossen sind, sucht man jetzt diese Bestimmungen umgehen. Das Präsenzverhältnis hätte man uns überschüssig darstellen müssen, jetzt wissen wir gar nicht, ob mit den vorgenommenen Aenderungen ein Abbruch erzielt ist, oder nicht. Die Regierung mußte endlich von einer weiteren Präsenzverhöhung absehen. Der Schatzsekretär warnte davor, von den Bauteilen etwas abzurufen, und wies dabei auf die Arbeitslosigkeit hin. Die Bauteile müssen beschleunigt werden, für die die Gelder längst bewilligt sind. Bei den Bewilligungen für Festungsbauten mußte mindestens zwischen den Erfordernissen für den Bau und die arbeitermäßige Beschäftigung unterchieden werden, dabei kommen auch die Interessen der beteiligten Städte in Frage. Im Militär-Etat werden 15 Millionen Mark mehr gefordert, als im vorigen Jahre. Wird man nicht in diesem Jahre die ersten Hatten der Schiffe, die nicht Erprobanten sind, zurückstellen? Die Expansions bei den Panzerplattenlieferungen hat die Regierung den parlamentarischen Verhandlungen gegenüber den einzelnen Firmen zu danken. Nichts kostet 1 1/2 Millionen Mehrauschuß, bis jetzt im Ganzen 47 Millionen. Es ist sehr zweifelhaft, ob uns aus den Bergwerks-

und Eisenbahnunternehmen von Schantung ein Äquivalent zu wägen. Auch die Dampfer-Subventionen für die Kolonien verlangen reichliche Ausgaben. Für den Gouverneur von Kamerun verlangt man von uns zunächst nur ein bischen Geld zu einem Dampfer. Für die Usambarabahn hat im vorigen Jahre Abg. Dr. Arndt Zustimmung gemacht und erklärt, daß die Eisenbahn den Dampf angehe. Sie geht aber mitten durch den Sumpf. Der Endpunkt weiterer Eisenbahnverbindungen, Korogwe, ist ein bekanntes Malarienest. Nun sagt man: Von diesem Malarienest müssen wir fortkommen, also die Bahn weiterfahren. Das sind die afrikanischen Eisenbahnprojekte! Früher nannte man die Usambarabahn die Kaffeebahn; diese Behauptung bestärkt sich nicht, trotzdem uns in der Budgetkommission in zierlichen Tälchen Usambarakaffee kredenzt wurde. Man wollte uns dort sogar Cocoa aus Kamerun und Cigarren aus Neu-Guinea spendieren. Die Anlage dieser Bahn hat uns schon 6 bis 7 Millionen Mark gekostet, und auf 100 000 Mark Ausgaben etwa 1/2 Pfennig Marknetrag geliefert. Weiterhin steht auch der Bau der Bahn Dar-es-Salaam im Hintergrund. Mit den vorgeschlagenen 3 1/2 Prozent-Obligationen wird das Konsortium glänzende Geschäfte machen. Zu diesem Preis dürfte das Reich Geld bekommen, auch wenn es den Mond oder den Mars kolonisieren wollte. Der Schatzsekretär hat ermahnt, in den schlechten Zeiten doch von Verkehrserschwerungen abzugehen. Warum dann Verkehrserschwerungen für Afrika? Die nächste Fürsorge für die Reichsbeamten bleibt zurück hinter einer phantastischen Weltpolitik. Wie wollen wir unsere Millionen und Regionen aus China wieder herausholen? Die Besatzung jetzt kostet jährlich 26 Millionen Mark, d. h. pro Kopf 5000 Mk. durchschnittlich. Hier ist wieder die Elle größer als der Arm. (Sehr richtig links.) Für eine erneute Sibirienexpedition werden sich schwerlich wieder Freiwillige finden. Es ist wenigstens einmal eine Ernüchterung weiter für die weltpolitischen Visionen notwendig. Inzwischen erwidert die Zollpolitik unsere Beziehungen zu den fremden Mächten. Und dabei läßt die der Schatzsekretär neue Steuern auf Bier und Tabak an! Diese Industriezweige sind doch keine toten Körper, an denen man Experimente machen kann. Die Tabakindustrie ernährt Hunderttausende. Um 500 Millionen sind die Steuereinnahmen seit der Thronbesteigung 1888 gestiegen und die Reichsschuld hat sich vervierfacht. Und es wird nicht eher besser werden, bis wir nicht zu den alten preussischen Traditionen einer sparsamen Finanzwirtschaft zurückkehren. (Oho-Rufe und Lachen rechts. Lebhafter Beifall links.)

v. Kardorff (N.F.): Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budgetkommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen. Das deutsche Volk hängt an seinen Kolonien. (Lachen links.) Bei der jetzigen Kritik ist es interessant einen Vergleich mit dem Ausland anzustellen. Amerika hat einen kolossalen Aufschwung genommen, trotz seines starken Schutzzollsystems. Frankreich, dessen Zolltarif viel höher ist als der untrüge, treibt Weltpolitik, sein Metallebestand ist doppelt so groß wie der untrüge. Und das bei einem Schutzzollsystem, das Verarmung und Elend verdrängt soll. Die französische Sozialdemokratie nimmt der Landwirtschaft gegenüber auch eine andere Stellung ein als die deutsche. Sie unterstützt die französische Regierung in allen Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft. Daß bei uns eine Noth der Landwirtschaft besteht, kann doch niemand leugnen. Viele kleine Pächter sind in den letzten Jahren bankrott geworden. Für sehr bedenklich halte ich zu langfristige Handelsverträge. In der auswärtigen Politik haben wir das größte Vertrauen zu dem Reichskanzler, auch muß ich anerkennen, daß der vorliegende Tarifentwurf der landwirtschaftlichen Nothlage wenigstens einigermaßen gerecht wird. Anders steht es mit der Sozialpolitik. Nie habe ich begriffen, daß das Verbotungsverbot für Vereine aufgehoben wurde, und daß man eine Partei, die den allgemeinen Umsturz will, als gleichberechtigt anerkennt. Herr Diebel sagte neulich bei der Beratung des Zolltarifs: Wenn dieser Tarif Gesetz wird, dann kommt der Aufbruch. Er ist ja zu glauben, daß er mit solchen Äußerungen an irgend welchen Stellen Eindruck machen könne. Ich hoffe, daß das ein Wahn ist. Wir stehen unsere gegenwärtigen Staatsmänner viel zu hoch, als daß ich glauben könnte, sie liegen sich durch solche Drohungen einschüchtern. — Für außerordentlich wichtig halte ich es, daß dem Militär den minderjährigen Jugend nach den großen Jubiläumstagen gesteuert werde, selbst wenn man dabei dem heiligen Freizügigkeitsgesetz zu nahe treten sollte. (Hört! Hört! links.) Die Bestimmungen, wonach die Eltern verlangen können, daß der Lohn ihrer minderjährigen Kinder ihnen ins Haus geschickt werde, die heute leider nur auf dem Papier steht, muß energisch gehandhabt werden. Wenn Sie (nach links) dazu nicht die Hand bieten, so trifft Sie die Verantwortung für die Verwahrlosung unserer Jugend. (Provo! rechts.)

Schrader (F.S.): Die Exemplifikation des Herrn Schröder auf Frankreich war nicht angebracht. Frankreich hat viel mehr Klein-Grundbesitz als wir. Wir streben nach dieser Richtung hin französische Zustände an. — Die Reue des Herrn Chamberlain ist hier mit vollem Rechte zurückgewiesen worden. Auch ich glaube, Chamberlain sieht England nicht glücklich. Deshalb müssen wir aber doch Recht auf gute Beziehungen zu England legen. Ueber den Etat ist schon sehr eingehend gesprochen worden. Die Kolonien befragen wir nun einmal und müssen sie daher so nutzbringend wie möglich gestalten. Für 1903 hat nun wir ein Defizit von 62 Millionen zu erwarten. Ein Theil desselben wird durch Anleihen gedeckt werden müssen. Man wird sich schließlich auf den Gedanken direkter Reichssteuer kommen müssen in der Form von Reichssteuereinkommen- und Reichsvermögenssteuern. Der Herr Schatzsekretär hat aus dem Rückgang der Einnahmen der Post auf die Ersparnisse von Tarifermäßigungen geschlossen. Solche Ermäßigungen sollte man allerdings nur in kleinem Maße und regelmäßig bewilligen, anstatt, wie es diesmal geschah, in großer Ueberspannung einzuweichen. — Herr Schröder hat die irdische Lage in den jenseitigen Horden gerollt. Unsere Industrie wäre aber sehr wohl in der Lage, die angestrebte Devisen zu überwinden, wenn nicht die Ungewissheit unserer handelspolitischen Zukunft darüber sähe. Neue Handelsverträge sind daher ein dringendes Bedürfnis. Werden diese nicht rechtzeitig abgeschlossen, so fürchte ich, daß die Hoffnung des Herrn Reichskanzlers, der nächste Etat werde besser ausfallen, sich nicht erfüllen wird. (Beifall links.)

Herrn vertritt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Freitag 1 Uhr.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Herrenhaus berief Donnerstag eine Interpellation des Grafen Schlieben, welche die Rückforderung aus dem Osten nach dem Westen verzogener Arbeiterfamilien auf Staatskosten forderte. Ministerialdirektor Köllmann, der die Interpellation beantwortete, erklärte den Wunsch des Interpellanten für kaum durchführbar. Graf Zietzen-Schwerin verlangte überhaupt eine Einschränkung der Freizügigkeit, während Herr v. Gordon verweigerte, die Arbeiter, die einmal im Westen gewesen seien, länger nachher nicht mehr für den Osten zu verwenden. Graf Schlieben nochmals das Wort nahm und dem Landwirtschaftsminister v. Podbielski sein Bedauern ausdrückte, daß dieser nicht für die Interpellation eingetreten, wies Herr v. Podbielski nach, daß der Wunsch des Interpellanten aus unzulässigen Gründen einfach unabweisbar sei. Die nächste Sitzung des Herrenhauses ist unbestimmt.

Der Handelsvertragverein richtete an den Reichstag eine Eingabe zur Empfehlung einer Agrar-enquete, auf die man voraussichtlich im Plenum zurückkommen wird, nachdem die Zollkommission den dahingehenden Antrag des Abg. Gothein Donnerstag abgelehnt hat. Das Eruchen geht dahin festzustellen: 1) Ob eine Nothlage der Landwirtschaft vorhanden sei, 2) in welchen Kreisen der deutschen Landwirtschaft nach Lage und Betriebsgröße gegebenenfalls solche Nothlage vorhanden sei, 3) auf welche Ursachen gegebenenfalls diese Noth der Landwirtschaft zurückzuführen sei, 4) welche Mittel zur Abhilfe angebracht erscheinen, 5) ob gegebenenfalls dieser Noth der Landwirtschaft durch höhere Schutzzölle, insbesondere durch höhere Getreidezölle wirksam abzuhelfen sei, 6) welche Wirkungen die hohen Lebensmittelpreise auf die Produktionsbedingungen der übrigen Erwerbskreise sowie auf die Ernährung und Gesundheitsverhältnisse der breiten Massen des Volkes haben würden. — Zu diesem Zweck soll eine umfassende parlamentarische Vernehmung in öffentlichem kontradiktorischen Verfahren veranstaltet werden unter Hinzuziehung der verschiedensten Vertreter des ländlichen Grundbesitzes, neben ihnen Pächter, Landarbeiter, Getreidehändler, Viehhändler, Vertreter der landwirtschaftlichen Produkte verarbeitenden Gewerbe und Vertreter der volkswirtschaftlichen Theorie und Praxis, sowie für die Fragen der Wirkungen erhöhter Lebensmittelpreise auch Vertreter der Hygiene und Medizin, schließlich der Konumenten, besonders der weniger bemittelten Bevölkerungsschichten. Gegen den Einwand, daß der Zeitpunkt für solche Unternehmungen zu spät sei, bemerkt die Eingabe, die Frage, ob mit dem 31. Dezember 1903 der Ablauf der bestehenden Handelsverträge hauptsächlich eintreten werde, sei noch keineswegs ohne weiteres zu bejahen; zweitens aber und vor allem Dingen seien die agrarischen Bestrebungen von solcher einschneidender Natur und weit über den Rahmen der Handelspolitik hinaus für unsere innere Wohlfahrt von solcher Wichtigkeit, daß selbst für den Fall, daß ein Zolltarif mit erhöhten Agrarzöllen vor der Beendigung der beantragten Vorarbeiten in Kraft träte, die Arbeiten der Enquete keineswegs überflüssig, sondern nach wie vor unerlässlich sein würden.

Die Zolltarifkommission des Reichstages hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung ab, in der sie sich mit der geschäftlichen Behandlung der Vorlage befaßte. Nach stundenlangem Debatte, an der sich unsere Genossen Singer, Bebel und Stadthagen mehrfach beteiligten, wurden die Anträge, eine Generaldebatte voranzugehen zu lassen und sodann mit den landwirtschaftlichen Zöllen zu beginnen, mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Abdann wurde mit derselben Mehrheit beschlossen, mit dem Zollgesetz anzufangen. Die Bestimmungen über die Minimalsätze sollen vorläufig aus der Berathung des Zollgesetzes ausgeschlossen und erst später zur Debatte gestellt werden. Die nächste Sitzung findet erst am Montag statt. Vertreter der Regierung wohnten dieser Sitzung nicht bei.

Der Kampf um Zolltarif und Handelsverträge. Eine Kreisversammlung des Bundes der Landwirthe in Osterhofen forderte den 7,50 Mk.-Zoll und sprach die Erwartung aus, daß die Abgeordneten der Provinz Posen lieber einen Zolltarif ablehnen, welcher dieser Forderung nicht entspricht. Herr v. Gerckdorff als Abgeordneter des Bezirkes erklärte demgegenüber, er werde für den 7,50 Mk.-Zoll eintreten, aber nach Lage der Verhältnisse auch für einen geringeren Satz stimmen, und betonte ausdrücklich, daß er dem Schlußsatz nicht zustimmen könne. Zwischen den Agitatoren und den Abgeordneten des Bundes ergeben sich also immer größere Differenzen. Die Parole „Alles oder nichts“ hält sicher nicht bis zu den Abstimmungen.

Sechshalb Millionen Mark hat für das kommende Etatsjahr die Budgetkommission des Reichstages den Mittelstahlpanzer aus dem Nachen gerissen. „Schade“, so bemerkt Eugen Richters „Freisinnige Zeitung“, daß diese Herabsetzung der Panzerplattenpreise erst möglich war, nachdem im vorigen Frühjahr im Reichstag darauf hingewiesen worden ist, daß die deutsche Marine den deutschen Panzerplattenfabrikanten für die Lohne Mittelstahlpanzerplattenmaterial 2320 Mk. zahlt, während die Vereinigten Staaten nur 1900 Mk. bezahlen. Wäre diese Herabsetzung der Panzerplattenpreise schon erfolgt, als die Linienfahrge „Witelsbach“, „Beitern“ und „Zähringen“ in Bau gegeben wurden, so hätte sich ebenso wie bei den Linienfahrge „H“ bis „L“ eine Ersparnis der Baukosten um 1 Million Mark für jedes der neun Linienfahrge, also um 9 Millionen Mark und auch für den großen Kreuzer „Prinz Adalbert“ um 400 000 Mk. erzielen lassen. Die Ersparnis der Baukosten hätte alsdann für diese 12 Kriegsschiffe infolge Herabsetzung der Panzerplattenpreise nicht bloß 6 525 000 Mark, sondern 10 200 000 Mk. betragen. — Die Mittelstahlpanzerplatten haben also mit den fast vier Millionen, um die sie die deutschen Steuerzahler übers Ohr gehauen haben, immer noch eine ansehnliche Bente. Und trotz Ach und Weh machen sie auch jetzt noch ihr Geschäftchen.

Kleine politische Nachrichten. Der neue Etat des Reichstages ist nachträglich dem Reichstage zugegangen. Die Ausgaben für denselben sind mit 756 260 Mark nur 160 Mk. geringer als im vorigen Etat. — Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde Donnerstag das bisherige Präsidium, Schröder als erster, Hermanns und Dr. Kranke als Vizepräsidenten wiedergewählt. Herrmanns führte Minister von Scheuberg den Etat mit einer langen Rede an. Das Jahr 1900 habe im Allgemeinen noch nicht günstige Verhältnisse geendet, denn es hat mit 2 1/2 Milliarden Mark Ueberschuß abgegeschlossen. Am Montag steht die Poleninterpellation auf der Tagesordnung. — Das Zentrum brachte der „Germania“ zufolge im Abgeordnetenhaus ebenfalls eine Interpellation betr. das Eisenbahngesetz bei Alexander ein. — Der frühere Reichstagsabg. Dr. Sigl, der Begründer und langjährige Chef des „Deutschen Vaterland“ in Danzig ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Sigl war bekanntlich vor längerer Zeit in eine Gemüthskrankheit verfallen, die ihn seiner politischen und literarischen Thätigkeit vorzeitig entzog. Er war wegen seiner parteilichen Haltung vorwiegend preussischer Einseitigkeit, und wegen des häufig oft dabei Ton seiner Sprache für viele eine spöttliche Figur, bevor er in Folge seiner unangelegenen Gemüthsstörung bei der kaiserlichen Landtagswahl eine große Popularität. — Anlässlich des Falles Heiligens schreibt der „Frankf. R.“: „Es ist anzunehmen, daß der erste Mal, daß ein in Bayern wegen ungesetzlicher Beförderung von Eisenbahnbeamten sofort in Dresden auf Anordnung von sehr hoher Stelle wieder verurtheilt worden ist. Wir kennen zum Beispiel einen Nürnbergergesellen, bei welchem die der Zoll geschähe ist.“ — Dem Kor-

betenkapitän Meißner, dem früheren Kommandanten des Kreuzers „Gazell“, wurde, wie ich offiziell gemeldet wird, der erbliche Abschied nicht bewilligt, er erhält vielmehr demnach unter Ernennung zum Fregattenkapitän ein Landkommando. — Das Stasferfahren gegen die „Nationalzeitung“ und den Rechtsanwalt Horn wegen vorzeitiger Veröffentlichung von Aktenstücken in dem Prozesse Krosigk ist auf Verlangen der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Berlin eingestellt worden. — Aus Pleschen (Dessau) wird berichtet: Unter dem Verdacht der Spionage in Dienste Rußlands wurde in Steinan ein junger Mann verhaftet, der sich Josef Zakasch nennt. Unter seiner Korrespondenz fand man Briefe, mehrere ausländischer diplomatischer Vertretungen. — In Krakra wurde die Ausführung des Stückes „Die Kreuzritterhand“ verboten. In diesem Stück wird die Westfälener Affäre dargestellt und an Grafen Schullenderprose betheiligt erscheinen als handelnde Personen. Das Stück wurde auch konsigiert. — Präsident Roosevelt hat die Ernennung Bayhuts zum Generalpostmeister und Shaws zum Schatzsekretär der Vereinigten Staaten vollzogen. — Zu dem furchtbaren Eisenbahn-Unfall in New York wird der „Frankf. Z.“ noch berichtet: Die Tunnelkatastrophe ist darauf zurückzuführen, daß die Zentralbahn, trotz mannigfacher Anregung und behördlicher Auforderungen unterließ, den Betrieb im Tunnel elektrisch einzurichten, so daß der Tunnel von dichtem Rauch und Dampf erfüllt war, mithin die Unterleuchtung der Signale schwierig war. Neben den Opfern befindet sich auch der deutsche Ingenieur Oskar Meyrowitz, sonst haben meist New Yorker Geschäftsleute, welche in New York wohnen, ihren Tod gefunden. Die Zahl der getödteten Personen beträgt, wie nunmehr festzustellen scheint, 15, die der Schwerverletzten 30. Das „Journal“ verlangt eine Verhaftung der Verantwortlichen, die seit Jahren die Einführung von Verbesserungen verweigert und dadurch schon zwei Katastrophen im Tunnel heraufbeschworen hätten.

Oesterreich-Ungarn.

Das Urtheil im Espionageprozeß Carina. Der Gerichtshof verurtheilte am Mittwoch den Rittmeister a. D. v. Carina zu 4 1/2 Jahren schweren Kerkers, verschärft durch Festsitz vierteljährlich und durch hartes Lager alljährlich am 1. Februar, überdies zum Verlust des Adels und zur Ausweisung aus Oesterreich. Die höchste zulässige Strafe war 5 Jahre. Als erschwerend bezeichnete das Urtheil die besondere Gefährlichkeit des Angeklagten. Carina meldete Nichtigkeitsbeschwerde und zugleich Berufung gegen das Strafmaß an.

Serbien.

Würfengerichte? In Wiener Bankkreisen will man nach einer Meldung des „V. T.“ erfahren haben, daß in Belgrad demnach eine entscheidende Wendung bevorsteht und ein gewaltsamer Ausbruch der Unzufriedenheit des Volkes zu befürchten sei. Den Anlaß dazu soll der Zustand des Königs Alexander geben, der infolge der Aufregungen durch die Ereignisse des letzten Jahres geistlich und körperlich schwer mitgenommen sei. Er befindet sich im Zustande vollständiger Apathie und sei nicht mehr in der Lage, sich den Regierungsgeschäften zu widmen. Das Ministerium könne unter solchen Umständen die Geschäfte nicht fortführen. Im Falle des Ausbruchs einer Revolution sei das Erscheinen des Thronprätendenten Karageorgewitsch in Belgrad zu gewärtigen. — Es ist von hier aus schwer zu entscheiden, ob es sich thatsächlich mehr als um Stimmungsmache seitens einiger Bankiers handelt.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Es steht nunmehr fest, daß viele derjenigen, welche als Helfershelfer der Engländer bei den sogenannten „National Scouts“ eintreten und von den Engländern mit großem Geschrei als „Buren gegen Buren“ ausgespielt werden, was die Engländer sind, die lange vor Ausbruch des Krieges in den Burenrepubliken ansässig waren. Wenn diese Thatsache bisher noch fremd gesehen ist, der mag sie durch die Namen jener zwei Mann vom Bürger-Freizwilligenkorps erfahren, die am 19. Dezember 1901 bei Glandspruit verwundet worden sind, und — Heert und Scott heißen. — Wie Reuters Bureau aus Standerton meldet, sind eine große Zahl der unter Bothas Befehl stehenden Leute Natal „rebellien“. Neben der Kapkolonie scheint demnach auch Natal eine große Zahl Hilfskräfte für die Buren gestellt zu haben. Es ist merkwürdig, daß darüber bisher in englischen Blättern noch nichts verlautete. — Nachrichten aus Maseking zufolge verließen die Burenführer im Marico-Bezirk diese Gegend, um mit den Burenführern anderer Distrikte zusammenzukommen.

Amerika.

Gliche der bekannten und berüchtigten Quartalsrevolutionen scheinen wieder in einigen südamerikanischen Republiken ausgebrochen zu sein. So wird „gerüchtweise“ gemeldet, daß sowohl in Kolumbien (Bogota) der Präsident Marroquin als auch in Paragway der Präsident Acebal von Aufrührern gefangen genommen worden sein soll. — In Nicaragua wurde dagegen Präsident Belaja nach Zahlung der abgegebenen Stimmen vor dem versammelten Kongress als einstimmig wiedergewählt erklärt.

Japan.

Kein Attentat. Aus Tokio ist nunmehr die amtliche Mittheilung eingegangen, daß die mehrfach verbreitete Mittheilung über ein Attentat auf den Mikado bei der Eröffnung des Parlaments erfunden gewesen sind. — Wir hatten die Glaubwürdigkeit der Nachricht damals gleich bezweifelt.

Über und Nachbargebiete.

Freitag, den 10. Januar.

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importieren versucht.

Der Bürgeranschuss hatte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit 10 Senatsvorträgen zu befassen; außerdem fanden mehrere Erwahlten von bürgerlichen Deputirten statt. Die nachgeordnete Mitgenehmigung wurde bei folgenden Senatsanträgen ertheilt: 1) Herstellung einer Anlegebrücke für die Hafenampfschiffs-Fährverbindung am rechten Travener unterhalb der Hafendrehbrücke und eines fünf-

pflügen Dalben zur Sicherung der dort liegenden Schiffe. (Kostenpunkt 2600 Mk.); 2) Bewilligung von 2000 Mk. als diesjährige Beihilfe für den Ingenieur Freymann zur Fortführung des von ihm eingerichteten Vorbereitungskurses für Seebampfmaschinen; 3) Nachbemessung von 844,16 Mk. resp. 247,96 Mk. für die Vorsteherchaft des Maschinenhauses und der St. Brigittenstiftung für Baukosten; 4) Bewilligung von 6000 Mk. — an Stelle früher bewilligter 1000 Mk. — zur Entsendung verschiedener, die Entwicklung Lübeds auf mehreren Gebieten veranschaulichender Gegenstände zu der im nächsten Jahre stattfindenden Städte-Ausstellung in Dresden. (Ob man den Erlaß des Streikpostenverbots und seine spätere Aufhebung wohl auch veranschaulichen und dort zur Ausstellung bringen wird? D. Red.); 5) Bewilligung von 5967 Mk. zur Herstellung von Parkanlagen zwischen dem Hüterdamm und der Lübecker Konfervenfabrik und 6) Bewilligung von 2750 Mk. zur Beschaffung der notwendigen Ausrüstungsgegenstände für die zu Ostern 1902 durchzuführenden Klassenuntersuchungen in der Realschule. Sodann empfahl der Bürgerausschuß folgende Vorlagen der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung: 1) Ausdehnung der mit der Lübed-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft für die Güterbeförderung auf den Seehafengeleisen vereinbarten Gebührensätze auf die Geleise am Kanalhafen und zwar zunächst auf 5 Jahre. 2) Anweisung des zum Bau der Schlutuper Bahn staatsseitig gewährten Zuschusses von 400 000 Mk. auf die Staatsanleihe von 1899. 3) Verkauf von Ländereien in Gneberdors und Aufforstung derselben zum Zwecke der Verschönerung Travemündes. Der Kostenpunkt beträgt insgesamt 30 900 Mk. (Kann das Geld nicht zweckmäßiger verwendet werden? D. Red.) 4) Bewilligung von 270 000 Mk. zur Beschaffung der zur Unterhaltung des Elbe-Travelkanals erforderlichen Bagger und Geräte. — Wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit wurde sodann die Sitzung vertagt.

Gewerbegericht. Am Donnerstag standen 7 Klagesachen an. Ohne Kündigung entlassen wurde der seit dem 1. Juni 1900 bei dem Restaurateur E. beschäftigt gewesene Kellner H. am 20. November 1901. Der Lohn betrug 10 Mk. pro Woche, außer freier Kost und den Trinkgeldern der Gäste. Nach Abgabe des Klägers war über die Kündigungsfrist nichts vereinbart, noch Aussage des Beklagten war dieselbe jedoch anlässlich einer Unregelmäßigkeit aufgehoben worden. Die Klageforderung betrug 112 Mk. (14 Tage à 8 Mk.). Die Parteien einigten sich auf Zahlung von 50 Mk. — Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts angezweifelt wurde von dem Kungshäger L., gegen den letzters des Arbeiters H. eine Klage eingereicht worden war. Letzterer wurde am 7. Oktober 1901 gegen 16 Mk. Wochenlohn eingekerkert, mußte jedoch am 14. Dezember die Arbeit wegen der schlechten Witterung aussetzen und ist bis heute noch nicht wieder eingestellt worden. Seine Klage lautete auf Wiedereinstellung resp. Zahlung einer Entschädigung. Seitens des Beklagten wurde die Zuständigkeit des Gerichts mit der Motivierung angezweifelt, daß eine Handlungsgemeinschaft kein Gewerbebetrieb sei. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Beklagten an und erklärte sich für unzuständig, da Kläger kein Gewerbegehilfe, sondern ein landwirtschaftlicher Arbeiter sei. — Gegen den Direktor des hiesigen Stadttheaters S. Klage der Theaterarbeiter M. Letzterer war im September v. J. vom Beklagten vertragsmäßig bis zum 15. April 1902 angenommen worden. Am 4. Januar wurde der Kläger jedoch vorzeitig entlassen; er klagte deshalb auf Wiedereinstellung bis zum 15. April resp. Zahlung einer angemessenen Entschädigung. Seitens des Beklagten, der sich im Verleugern des Termins gegenüber dem Kläger Ausdrücke bediente, welche man von einem gebildeten Mann nicht erwarten sollte, wurde behauptet, daß Kläger einen ihm gewordenen Auftrag nicht ausgeführt hatte und deshalb vom Regisseur in Strafe genommen werden sollte. Kläger opponierte hiergegen und bemerkt, daß er dann lieber gleich gehen wolle. Er sei dann auch fortgegangen. Seitens des Klägers, der vom Beklagten von Nürnberg mit nach Lübeck gebracht worden ist, wurde dieser Darstellung jedoch widersprochen und behauptet, daß er vom Regisseur hinausgewiesen sei. Nach längerem Für und Wider schlossen die Parteien folgenden Vergleich: Beklagter verzichtet auf Zurückzahlung von bereits geleisteten Vorzahlungen im Betrage von 19 Mark und zahlt außerdem an den Kläger 25 Mark. — Die Ueberredungskunft des Vorsitzenden des Gewerbegerichts führte in nachfolgender Sache, trotzdem die Parteien für die Kläger äußerst günstig waren, zum Vergleich. Die Metallarbeiter D. und Sch. künden seit dem 8. Mai resp. 19. August v. J. gegen 21 resp. 20 Mark Wochenlohn bei den hiesigen Sub. u. Werten in Arbeit. Kündigung war ausgeschrieben worden. Am 30. und 31. Dezember v. J. war die Fabrik wegen Inventuraufnahme geschlossen, und wurden den beiden Klägern diese Tage mit 7 resp. 6,66 Mark in Abzug gebracht. Aus diesem Grunde erhoben D. und S. Klage und verwielen darauf, daß ihnen, da sie im Wochenlohn ständen, auch diese beiden Tage bezahlt werden müßten; die übrigen Feiertage wären ihnen auch niemals vom Lohn in Abzug gebracht worden. Der Vertreter der Beklagten versuchte, durch Umgehung der an ihn gestellten Fragen den vorliegenden Sachbestand direkt zu verunkeln, was ihm teilweise auch gelang. Wie schon bemerkt, glückte es dem Vorsitzenden, Senator Dr. Fehling, dank seiner wegen an Einschüchterung grenzenden Ueberredungskunft einen dahin gehenden Vergleich zu erzielen, daß die Kläger sich mit der Hälfte ihrer Forderung zufriedengaben. (Es ist zwar im Vergleich vorgesehen, daß der Vorsitzende Vergleiche anbahnen soll; wir glauben aber nicht, daß die Gesetzeher damit an Vergleichen gedacht haben, wie sie seitens des hiesigen Vorsitzenden unternommen werden müssen. Trotzdem hier u. E. die Schuld des Beklagten klar zu Tage trat — was anfänglich auch vom Vorsitzenden angegeben wurde —, so verbot sich er doch, leider mit Erfolg, die Kläger durch die bei ihm bereits zur Gewohnheit gewordenen Worte: „Sehen Sie ja auf den Vergleichsvorschlag ein, es ist noch sehr die Frage, ob sie überhaupt etwas bekommen!“ gütlich für den Vergleichsvorschlag zu stimmen. Ein solches Verhalten grenzt nahezu an Einschüchterung, der die Kläger in den meisten Fällen erliegen. Das Gewerbegericht aber ist bei diesen Vergleichen von der Fällung manchmal prinzipieller Urtheile enthoben. D. Red.) — **Anerkannte Schuld.** Der Barbier H. Klage gegen den Barbier M. auf Zahlung von 59,20 Mk. Lohn und Reisekostenvergütung. Beklagter erkannte diese Schuld an, erklärte aber, die Summe nur in Raten zahlen zu können. Im Einverständnis beider Parteien wurde darauf ein Vergleich geschlossen, daß Beklagter die Schuld anerkennt und sich verpflichtet, an jedem Monatsersten dem Kläger zehn Mark abzugeben. Fällt eine Rate nicht bis zum 3. des Monats, dann ist der ganze Restbetrag sofort fällig. — **Mit einem Vergleiche endet die Klage des Hausdieners F. gegen den Hotelier B.** Ersterer war vom 1. Juli bis zum 23. September beim Beklagten gegen freie Kost und Logis in Stellung. Seitens des Beklagten waren für den Kläger während dieser Zeit 23,66 Mk. an Kranken- und Jubiläumsversicherung bezahlt worden. Als Kläger die Stelle verließ, nahm der Beklagte ihm 10 Mk. ab, während er nach Ansicht des Klägers nur 2,28 Mk. für 1 Monat zu verlangen hatte. Beklagter behauptete, daß er für 3 Monate rückwärts den auf den Arbeiter entfallenden Teil dieser Beiträge von diesem zurückverlangen könne. Die Parteien einigten sich schließlich dahin, daß Beklagter dem Kläger 5 Mk. zurückzahlte.

Jahresbericht des Verbandes der Bäcker und Verwandsgeoffen Deutschlands, Zahlstelle Lübeck. Die Wittgensteinschule am Schluß des Jahres 69 Mitglieder, gegen 59 des Vorjahres. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 41 Mitglieder und 6 reisten aus anderen Zahlstellen zu; 27 reisten wieder ab, 6 traten aus und 4 Mitglieder mußten wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. 13 Mitglieder sowie 4 öffentliche Versammlungen haben im Laufe des Jahres stattgefunden. An Beitragsmarken wurden an die Mitglieder verabfolgt 246 Marken zu je 80 Pfg., 117 zu 20 Pfg., 110 Extramarken zu 30 Pfg., 2070 Marken zu 30 Pfg. und 636 Arbeitersekretariats-Marken zu 10 Pfg. Wegen Arbeitslosigkeit wurden den Mitgliedern 10 Monatsbeiträge zu 80 Pfg., 101 Wochenbeiträge zu 30 Pfg., und wegen Krankheit 4 Monatsbeiträge zu 80 Pfg. und 45 Wochenbeiträge zu 30 Pfg. erlassen. Die Gesamteinnahme betrug 1063,32 Mark, die Gesamtausgabe 1004,48 Mark, bleibt ein Bestand von 58,84 Mark. Der Sozialstreifonds wurde von 23 Mark auf 100 Mark erhöht.

Raths-Sitzung für das Jahr 1902. Der Senat hat in seiner am 8. Januar abgehaltenen Sitzung die Aemter wie folgt besetzt: Vorsitz im Senate: Bürgermeister Dr. Brehmer. Kommissariat für die Verhandlungen mit der Bürgerschaft und dem Bürgerausschuß: Senator Dr. Klug. Staatsarchiv: Bürgermeister Dr. Brehmer. Kommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten: Bürgermeister Dr. Brehmer, Vorsitzender, Senator Wolpmann, Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Fehling, Justiz-Kommission: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Kulenkamp. Kommissariat für Angelegenheiten des panscatischen Oberlandesgerichts: Senator Dr. Fehling, Disziplinarkommission für Beamte: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Kulenkamp, Stellvertreter. Kirchenrath: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg, Senatsauschuß für Gewerbe- und Versicherungsweien: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender, Senator Behn, Senator Dr. Schön, Senator Vertling und Senator Postel. Stellvertreter. Referat-Kommission, auch Rathhausverwaltung: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender. Senator Vertling, Rathhausherr. Kommissariat für Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Angelegenheiten: Senator Dr. Klug, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg. Kommissariat für die Deutsche Seewarte: Sen. Vertling. Kommission für Handel und Schifffahrt: Senator Wolpmann, Vorsitzender, Senator Eichenburg, Senator Behn, Senator Vertling, Senator Dr. Fehling, Senator Ewers, Senator Postel. Kommissariat für die Börse: Senator Dr. Fehling, Joll-Kommission: Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Stooß. Militär-Kommission: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Kulenkamp. Ober-Erlaß-Kommission: Senator Kulenkamp, Senator Wolpmann, Stellvertreter. Beamten-Kommission: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Schön. Kommission für land- und forstwirtschaftliche Unfall-Versicherung: Senator Dr. Stooß, Vorsitzender, Senator Kulenkamp, Stellvertreter. Kommission für Angelegenheiten der Armenverbände: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Ewers, Senator Behn und Senator Vertling, Stellvertreter. Kuratursbehörde in Gewerbeachen: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender, Senator Ewers, Senator Kulenkamp, Senator Behn, Senator Vertling und Senator Dr. Fehling, Stellvertreter. **Gewerbegericht:** Senator Dr. Fehling, Vors., Senator Dr. Stooß. **Einigungsamt:** Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Dr. Stooß, Stellvertreter. **Stadt- und Landamt:** Senator Dr. Stooß, Vorsitzender. **Senator Kulenkamp, Senator Postel. Polizeiamt:** Senator Dr. Schön, Dirigent. Senator Dr. Stooß, Stellvertreter. **Medizinal-Kollegium:** Senator Dr. Schön, Vorsitzender. **Senator Dr. Stooß. Medizinalamt:** Senator Dr. Schön, Werk- und Zuchtthaus zu St. Annen: Senator Dr. Schön. **Senator Dr. Stooß, Vorsitzender. Ober-Schulbehörde:** Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender. **Senator Ewers, Senator Kulenkamp. Navigationschule und Kommissariat für die Seeschiffer- und Seesteuermanns-Prüfungen:** Senator Vertling, Vorsitzender, Senator Ewers, Stellvertreter. **Finanzdepartement:** Senator Eichenburg, Vorsitzender. **Senator Vertling, Senator Dr. Fehling, Senator Kulenkamp. Steuerbehörde:** Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. **Senator Behn, Senator Dr. Stooß, Senator Ewers. Deputation (Postwesen):** Senator Dr. Klug, Vorsitzender. **Senator Wolpmann. Kanalbaubehörde:** Senator Dr. Klug, Vorsitzender. **Senator Wolpmann. Rechnungs-Revisions-Deputation:** Bürgermeister Dr. Brehmer, Vors. **Senator Behn. Behörde für das Feuerlöschwesen:** Senator Dr. Schön, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß. **Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten:** Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Ewers. **Kirchhofs- und Begräbnis-Deputation:** Senator Vertling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß. **Einquartierungsbehörde für die Stadt:** Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Ewers. **Leihhausbehörde:** Senator Behn, Vorsitzender, Senator Kulenkamp. **Central-Armen-Deputation:** Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Ewers, Senator Postel. **Armenanstalt:** Senator Dr. Stooß, Vorsitzender, Senator Kulenkamp. **Krankenhaus:** Senator Ewers, Vorsitzender, Senator Postel. **Irrenanstalt:** Senator Vertling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß. **St. Johannis-Jungfrauen-Kloster:** Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Behn. **Heiligen-Geist-Hospital:** Senator Dr. Klug, Vorsitzender, Senator Wolpmann. **St. Brigitten-Stiftung:** Bürgermeister Dr. Brehmer, Vorsitzender, Senator Eichenburg, von Brämblien-Testamente: Senator Behn, Vorsitzender, Senator Vertling, Senator Dr. Stooß.

Der Bürgerausschuß setzte am Donnerstag die Verathung des Beamtenbesoldungsetats fort, vertagte dieselbe aber schließlich abermals bis zum 17. Januar. Wenn es so weiter geht, dann können noch Monate vergehen, ehe die Vorlage aus dem Bürgerausschuß herauskommt.

Zweijährig-Freiwillige, welche zum diesjährigen allgemeinen Rekruten-Einstellungstermin einzutreten wünschen, können sich bis auf Weiteres, Vormittags zwischen 9 und 10 Uhr, im Geschäftszimmer des II. Bataillons 3. Panscatischen Infanterie-Regiments Nr. 162, Jadenburger Allee, alte Kaserne, zwecks Annahme melden. Handwerker, insbesondere Schuhmacher und Schneider, werden bevorzugt. Der Meldechein ist mitzubringen.

pb. Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Bäckerjunge aus Schügendorf, der sich in einem an der Fährgrube belegenen Hause unter Benutzung eines Schlüssels, den er noch als früherer Einlogierer des Hauses in seinem Besitz hatte, eines Diebstahlsversuchs schuldig machte. — Ein Fuhrwerkbesitzer brachte zur Anzeige, daß ihm ein zweispänniger Kastenwagen mit eisernen Achsen abhanden gekommen sei. — Am gestrigen Tage wurden sechs Personen wegen Bettelns und zwei wegen Trunkenheit festgenommen.

Die Reparaturarbeiten an der Behlendorfer Schenke sind bereits beendet, dennoch aber kann der Kanal erst Ende nächster Woche wieder dem Verkehr übergeben werden, da die zur Reparatur verwandten Betonmassen noch nicht genügend ausgetrocknet und demzufolge noch nicht haltbar sind.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Neumünster ist am Sonntag eine Zahlstelle des deutschen Löhnerverbandes gegründet worden. Die Lohnabzüge auf der Alsen'schen Oefenfabrik haben also doch das Gute gehabt, daß die Arbeiter endlich zum Klassenbewußtsein erwacht sind.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem Rittergute Viecklütze bei Gadebusch wurde dem Häusler Seggelow beim Korndreschen der ganze rechte Arm aus dem Körper von der Maschine herausgerissen. — Ein Dienstmädchen zu Lüchow wurde kürzlich Abends von einem fremden Mann überfallen und trotz verzweifelter Gegenwehr arg mißhandelt. — Aus vom früheren Postzeitungsredakteur Frank in Rendsburg, der bekanntlich wegen Verbrechen im Amte zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden war, eingereichte Gnadengesuch ist abschlägig beschieden worden. — In Uetersen, einer holländischen Stadt von 6001 Einwohnern, regnete es im Vorjahre 455 polizeiliche Strafmandate. Es entfallen mithin auf jeden 13. Einwohner ein Strafmandat. Nach ein Rekord! — Ein Mädchen, dem beim Spielen ein Pantoffel in die Müllgrube gefallen war, wollte denselben wieder herausholen, fiel dabei aber in die Grube. Ein Lehrer befreite das Mädchen wieder, dasselbe verstarb aber schon am nächsten Tage. — Der 13jährige Knabe Salomon hat Donnerstag das Geständniß abgelegt, daß der seit einiger Zeit verschwundene Knabe Schauer in Hamburg bei der Hafensstraße ins Wasser gefallen und ertrunken sei. Man vermutet bekanntlich, daß der Knabe einem Verbrecher zum Opfer gefallen ist. — Wie kürzlich mitgetheilt, versuchte in Hamburg eine Frau, nachdem ihr Kind verstorben war, sich zu erhängen. Nunmehr ist festgestellt worden, daß das Kind erdroffelt worden ist. Die Mutter kam in Haft. — In Lüneburg traf der dänische Dreimastthoener „Norma“ in vollständig wackem Zustande ein. Das Schiff hatte 16 Tage auf der Nordsee schwer mit Sturm und Wellen gekämpft.

Wandsbek. Grober Erzech eines fahnenflüchtigen Soldaten. Als Mittwoch der Kutscher eines in Lütjensee bei Trittau wohnenden Willenbesizers F., vom Bahnhof Trittau zurückkehrend, wohin er einen Elektrotechniker aus Hamburg gefahren hatte, die Ortschaft Dverkatzen passirte, wurde er von einem Soldaten des 76. Regiments erjucht, ihn mitfahren zu lassen, was ihm bereitwilligst gewährt wurde. Kaum hatten die beiden das Dorf im Rücken, als der Soldat aufsprang und an den Kutscher das eigenthümliche Ansinnen stellte, er solle den Wagen verlassen, da er, der Soldat, allein davonfahren wolle. In der Meinung, daß der Soldat einen Scherz gemacht habe, achtete der Kutscher anfangs nicht weiter darauf. Als dieser aber plötzlich einen Faustschlag gegen den Kopf erhielt, wurde er sofort eines Andern belehrt, und als er sich zur Wehre setzte, zog der Soldat seinen Säbel und sagte: „Wenn Sie sich wehren, steche ich Sie durch und durch.“ Bei dieser Drohung sollte es leider nicht sein Bewenden haben, sondern der Soldat hieb unbarmherzig auf den Kutscher ein, diesen erheblich verlegend. Nach dieser Heldenthat warf er den Kutscher zu Boden, wo der Bedauernswerthe befinnungslos liegen blieb, bis ihn einige des Weges kommende Händler fanden und für seine Unterkunft Sorge trugen. Der Soldat war mit dem Wagen davongezogen, in der eine Stunde von Rahlstedt entfernten Ortschaft Braak lehrte er ein und machte eine größere Fehde, die er nicht bezahlte. Der leichtsinnige Patron sprang schnell auf den Wagen und raste damit in der Richtung nach Rahlstedt davon. Mehrere ortseingewohnte Personen hatten sich schnell beritten gemacht und eilten dem Flüchtigen nach, der aber bereits einer großen Vorsprung hatte. Vor der Gastwirthschaft von Schilling in Rahlstedt hielt das Fuhrwerk, während der Soldat gemächlich beim Frühstück saß. Als der Trupp Veritener vor dem Gasthof erschien, wollte er Rest aus nehmen, was ihm aber nicht glückte. Nach längerer Gegenwehr wurde er überwältigt, gefesselt und dem Amtsvorsteher Ohlendorf zugeführt. Eine Militär-Patrouille hat den Verhafteten, der von seinem Weihnachtsurlaub noch nicht zurückgekehrt ist und in Folge dessen als Fahnenpflichtiger behandelt wird, Mittwoch Nachmittag seinem Truppentheile zugeführt. Seine Heldenthaten werden wohl bald das Kriegsgericht beschäftigen.

Altona. Verurtheilter Rechtsanwält. Vor der Strafkammer I des Altonaer Landgerichts wurde Donnerstag gegen den Hamburger Rechtsanwalt Dr. F. H. Behn und die unverheiratete Rahle wegen Ehebruch verhandelt. Nach vierstündiger, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Beweisaufnahme, beantragte der Staatsanwalt gegen den Rechtsanwalt fünf Monate, gegen seine Mitgeschuldige einen Monat Gefängniß. Die Strafkammer verurtheilte den Rechtsanwalt zu zwei Monaten, die Mitgeschuldige zu einem Monat Gefängniß. Dr. B. ist bereits ein alter, ergrauter Mann.

Riel. Der Dänenkoller wird nunmehr auch auf das kirchliche Gebiet übertragen werden. Wie die „Kieler Zeitung“ meldet, hat das evangelisch-lutherische Konsistorium für die Kirchengemeinden mit dänischer Kirchensprache angeordnet, daß die Ministerialbücher, soweit dies nicht bereits geschieht, vom 1. Februar 1902 an in deutscher Sprache zu führen sind. Soweit Register mit dänischem Vordruck noch im Gebrauch sind, können dieselben weiter geführt werden, jedoch in deutscher Sprache; bei Anschaffung neuer Register sind die vorgeschriebenen Formulare zu verwenden. Durch solche Maßnahmen wird man niemals den Dänen deutsche Gesinnung beibringen können; es ist vielmehr zu befürchten, daß durch Vorgänge a la Wrechen herbeigeführt werden.

Bremen. Begnadigungskandidaten. Der schwedische Baron Helmuth von Wrange wurde am Donnerstag vom Landgerichte wegen Zweikampfs mit dem Kaufmann und Referententher Gerdes zu fünf Monaten Festung verurtheilt. Gerdes erhielt durch Urtheil des Kriegsgerichts drei Monate Festungshaft.

und Eisenbahnunternehmungen von Schantung ein Äquivalent zu...
Für den Gouverneur von Kamerun verlangt man von uns zunächst nur ein bisschen Geld zu einem Dampfer...

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

Der Handelsvertragverein richtete an den Reichstag eine Eingabe zur Empfehlung einer Agrar-enquete, auf die man voraussichtlich im Plenum zurückkommen wird...

Die Zolltarifkommission des Reichstages hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung ab, in der sie sich mit der geschäftlichen Behandlung der Vorlage befaßte.

Der Kampf um Zolltarif und Handelsverträge. Eine Kreisversammlung des Bundes der Landwirthe in Miesitz forderte den 7,50 Mill.-Zoll und sprach die Erwartung aus, daß die Abgeordneten der Provinz Posen lieber einen Zolltarif ablehnen...

Sechszehn Millionen Mark hat für das kommende Etatsjahr die Budgetkommission des Reichstages den Mitteljahrsprognosen aus dem Nachen gezogen.

Kletze politische Nachrichten. Der neue Etat des Reichstages ist nachträglich dem Reichstage zugegangen. Die Ausgaben für denselben sind mit 766 260 Mark um 160 Mill. geringer als im vorigen Etat.

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

bettenkapitan Meißle, dem früheren Kommandanten der Kreuzer 'Gazelle', wurde, wie ich öffentlich gemeldet wurde, der erbliche Abschied nicht bewilligt...

Oesterreich-Ungarn. Das Urtheil im Espionageprozeß Carina. Der Gerichtshof verurtheilte am Mittwoch den Mittmeister a. D. v. Carina zu 4 1/2 Jahren schwerenerkers, verächtlich durch Fasten vierteljährlich und durch hartes Lager alljährlich am 1. Februar, überdies zum Verlust des Abzeichens und zur Ausweisung aus Oesterreich.

Serbien. Borsengerichte? In Wiener Bankkreisen will man nach einer Meldung des 'B. T.' erfahren haben, daß in Belgrad demnächst eine entscheidende Wendung bevorsteht und ein gewaltsamer Ausbruch der Unzufriedenheit des Volkes zu befürchten sei.

Transvaal. Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Es steht nunmehr fest, daß viele derjenigen, welche als Helfershelfer der Engländer bei den sogenannten 'National Scouts' eintraten und von den Engländern mit großem Geschrei als 'Buren gegen Buren' ausgespielt wurden, wachechte Engländer sind, die lange vor Ausbruch des Krieges in den Burenrepubliken ansässig waren.

Amerika. Gylische der bekannten und berüchtigten Quartalsrevolutionen scheinen wieder in einigen südamerikanischen Republiken ausgebrochen zu sein. So wird 'gerüchteleise' gemeldet, daß sowohl in Kolumbien (Bogota) der Präsident Marroquin als auch in Paraguay der Präsident Alcebal von Aufständischen gefangen genommen worden sein soll.

Japan. Kein Attentat. Aus Tokio ist nunmehr die amtliche Mitteilung eingegangen, daß die mehrfach verbreiteten Mittheilungen über ein Attentat auf den Mikado bei der Eröffnung des Parlaments erfunden gewesen sind. Wir hatten die Glaubwürdigkeit der Nachricht damals gleich bezweifelt.

Übersiedelung und Nachbargebiete. Freitag, den 10. Januar. Der Zugang von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importieren versucht.

Der Bürgeranschluß hatte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit 10 Senatsvorlagen zu befassen; außerdem fanden mehrere Erklärungen von bürgerlichen Deputirten statt. Die nachgesuchte Mitgenehmigung wurde bei folgenden Senatsträgern ertheilt: 1) Herstellung einer Anlegebrücke für die Hafenampfschiffs-Fährverbindung am rechten Tronenufer unterhalb der Hafendrehbrücke und eines fünf-

Politische Mundschau.

Deutschland.

Das preussische Herrenhaus beriet Donnerstag eine Interpellation des Grafen Schlieben, welche die Rückforderung aus dem Osten nach dem Befehl verzogener Arbeiterfamilien auf Staatskosten forderte. Ministerpräsident Kölliker, der die Interpellation beantwortete, erklärte den Wunsch des Interpellanten für kaum durchführbar. Graf Schlieben verlangte überhaupt eine Einschränkung der Freizügigkeit, während Herr v. Sordau behauptete, die Arbeiter, die einmal im Westen gewesen seien, könnten nachher nicht mehr für den Osten...

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. In den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allem gute Verkehrswege schaffen.

pflüchten Dalben zur Sicherung der dort liegenden Schiffe. (Postenpunkt 2600 Mk.); 2) Bewilligung von 2000 Mk. als diesjährige Beihilfe für den Ingenieur Kreyman zur Fortführung des von ihm eingerichteten Vorbereitungskurses für Seebauingenieurwissenschaften; 3) Nachbewilligung von 844,16 Mk. resp. 247,96 Mk. für die Vorsteherchaft des Waisenhauses und der St. Brigittenstiftung für Baukosten; 4) Bewilligung von 6000 Mk. — an Stelle früher bewilligter 1000 Mk. — zur Entsendung verschiedener, die Entwicklung Lübeds auf mehreren Gebieten veranschaulichender Gegenstände zu der im nächsten Jahre stattfindenden Städte-Ausstellung in Dresden. (Ob man den Erlaß des Streikpostenverbots und seine spätere Aufhebung wohl auch veranschaulichen und dort zur Ausstellung bringen wird? D. Red.); 5) Bewilligung von 5967 Mk. zur Herstellung von Parkanlagen zwischen dem Hüterdamm und der Lübecker Konfervenfabrik und 6) Bewilligung von 2750 Mk. zur Beschaffung der notwendigen Ausrüstungsgegenstände für die zu Ostern 1902 durchzuführenden Klasseneinteilungen in der Realschule. Sodann empfahl der Bürgerausschuß folgende Vorlagen der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung: 1) Ausdehnung der mit der Lübed-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft für die Güterbeförderung auf den Seehafengeleisen vereinbarten Gebührensätze auf die Geleise am Kanalhafen und zwar zunächst auf 5 Jahre. 2) Anweisung des zum Bau der Schlutuper Bahn staatsseitig gewährten Zuschusses von 400 000 Mk. auf die Staatsanleihe von 1899. 3) Verkauf von Ländereien in Gnevedorf und Aufforstung derselben zum Zwecke der Verschönerung Travemündes. Der Kostenpunkt beträgt insgesamt 30 900 Mk. (Kann das Geld nicht zweckmäßiger verwendet werden? D. Red.) 4) Bewilligung von 270 000 Mk. zur Beschaffung der zur Unterhaltung des Elbe-Travelkanals erforderlichen Bagger und Geräte. — Wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit wurde sodann die Sitzung vertagt.

Gewerbegericht. Am Donnerstag standen 7 Klagesachen an. Ohne Klüftung entlassen wurde der seit dem 1. Juni 1900 bei dem Restaurateur E. beschäftigt gewesene Kellner H. am 20. November 1901. Der Lohn betrug 10 Mk. pro Woche, außer freier Kost und den Trinkgeldern der Gäste. Nach Angabe des Klägers war über die Kündigungsfrist nichts vereinbart, nach Aussage des Beklagten war dieselbe jedoch anlässlich einer Unregelmäßigkeit aufgehoben worden. Die Klageforderung betrug 112 Mk. (14 Tage à 8 Mk.). Die Parteien einigten sich auf Zahlung von 50 Mk. — Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts angezweifelt wurde von dem Künftgärtner L., gegen den letzter des Arbeiters H. eine Klage eingereicht worden war. Letzterer wurde am 7. Oktober 1901 gegen 16 Mk. Wochenlohn eingestellt, mußte jedoch am 14. Dezember die Arbeit wegen der schlechten Witterung aussetzen und ist bis heute noch nicht wieder eingestellt worden. Seine Klage lautete auf WiederEinstellung resp. Zahlung einer Entschädigung. Seitens des Beklagten wurde die Zuständigkeit des Gerichts mit der Motivierung angezweifelt, daß eine Hausbesitzer kein Gewerbebetrieb sei. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Beklagten an und erklärte sich für unzuständig, da Kläger kein Gewerbebetriebe, sondern ein landwirtschaftlicher Arbeiter sei. — Gegen den Direktor des hiesigen Stadttheaters G. Klage der Theaterarbeiter M. Letzterer war im September v. J. vom Beklagten vertragsmäßig bis zum 15. April 1902 angestellt worden. Am 4. Januar wurde der Kläger jedoch vorzeitig entlassen; er klagte deshalb auf WiederEinstellung bis zum 15. April resp. Zahlung einer angemessenen Entschädigung. Seitens des Beklagten, der sich im Verlaufe des Termins gegenüber dem Kläger Ausdrücke bediente, welche man von einem gebildet sein wollenden Manne nicht erwarten sollte, wurde behauptet, daß Kläger einen ihm gewordenen Auftrag nicht ausgeführt hatte und deshalb vom Regisseur in Strafe genommen werden sollte. Kläger opponierte hiergegen und bemerkte, daß er dann lieber gehen wolle. Er sei dann auch fortgegangen. Seitens des Klägers, der vom Beklagten von Nürnberg mit nach Lübed gebracht worden ist, wurde dieser Darstellung jedoch widersprochen und behauptet, daß er vom Regisseur hinausgewiesen sei. Nach längerem Für und Wider schlossen die Parteien folgenden Vergleich: Beklagter verzichtet auf Zurückzahlung von bereits geleisteten Vorkauf von 19 Mark und zahlt außerdem an den Kläger 25 Mark. — Die Uebersetzungskunst des Vorsitzenden des Gewerbegerichts führte in nachfolgender Sache, trotzdem die Chancen für die Kläger äußerst günstig waren, zum Vergleich. Die Metallarbeiter D. und Sch. ständen seit dem 8. Mai resp. 19. August v. J. gegen 21 resp. 20 Mark Wochenlohn bei den hiesigen Fabrik-Werken in Arbeit. Kündigung war ausgeschloffen worden. Am 30. und 31. Dezember v. J. war die Fabrik wegen Inventuraufnahme geschlossen, und wurden den beiden Klägern diese Tage mit 7 resp. 6,66 Mark in Abzug gebracht. Aus diesem Grunde erhob D. und S. Klage und verwielen darauf, daß ihnen, da sie im Wochenlohn ständer, auch diese beiden Tage bezahlt werden müßten; die übrigen Feiertage wären ihnen auch niemals vom Lohn in Abzug gebracht worden. Der Vertreter der Beklagten versuchte, durch Umgehung der an ihn gestellten Fragen den vorliegenden Sachbestand direkt zu verdunkeln, was ihm theilweise auch gelang. Wie schon bemerkt, glückte es dem Vorsitzenden, Senator Dr. Fehling, dank seiner nahesten an Einschüchterung grenzenden Ueberzeugungskraft einen dahin gehenden Vergleich zu erzielen, daß die Kläger sich mit der Hälfte ihrer Forderung zufriedengaben. (Es ist zwar im Gesetz vorgesehen, daß der Vorsitzende Vergleiche anbahnen soll; wir glauben aber nicht, daß die Gesetzgeber damit an Vergleichsverzichte gedacht haben, wie sie seitens des hiesigen Vorsitzenden unternommen werden müssen. Trotzdem hier u. E. die Schuld des Beklagten klar zu Tage trat — was anfänglich auch vom Vorsitzenden angegeben wurde —, so versuchte er doch, leider mit Erfolg, die Kläger durch die bei ihm bereits zur Gewohnheit gewordenen Worte: „Sehen Sie ja auf den Vergleichsvorschlag ein, es ist noch sehr die Frage, ob sie überhaupt etwas bekommen!“ gänzlich für den Vergleichsvorschlag zu stimmen. Ein solches Verhalten grenzt nahezu an Einschüchterung, der die Kläger in den meisten Fällen erliegen. Das Gewerbegericht aber ist bei diesen Vergleichen von der Fällung manchmal prinzipieller Urtheile enthoben. D. Red.) — **Anerkannte Schulden.** Der Barbier J. klagte gegen den Barbier M. auf Zahlung von 59,20 Mk. Lohn und Reisekostenvergütung. Beklagter erkannte diese Schuld an, erklärte aber, die Summe nur in Raten zahlen zu können. Im Einverständnis beider Parteien wurde darauf ein Vergleich geschlossen, daß Beklagter die Schuld anerkennet und sich verpflichtet, an jedem Monatsersten dem Kläger zehn Mark abzugeben. Fällt eine Rate nicht bis zum 3. des Monats, dann ist der ganze Restbetrag sofort fällig. — Mit einem Vergleiche endete die Klage des Hausdieners F. gegen den Hotelier B. Ersterer war vom 1. Juli bis zum 23. September beim Beklagten gegen freie Kost und Logis in Stellung. Seitens des Beklagten waren für den Kläger während dieser Zeit 23,66 Mk. an Kranken- und Invalidenversicherung bezahlt worden. Als Kläger die Stelle verließ, nahm der Beklagte ihm 10 Mk. ab, während er nach Ansicht des Klägers nur 2,28 Mk. für 1 Monat zu verlangen hatte. Beklagter behauptete, daß er für 3 Monate rückwärts den auf den Arbeiter entfallenden Theil dieser Beiträge von diesem zurückverlangen könne. Die Parteien einigten sich schließlich dahin, daß Beklagter dem Kläger 5 Mk. zurückzahlt.

Jahresbericht des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Lübed. Die Mitgliedschaft zählte am Schlusse des Jahres 69 Mitglieder, gegen 59 des Vorjahres. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 41 Mitglieder und 6 traten aus und 4 Mitglieder mußten wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. 13 Mitglieder sowie 4 öffentliche Versammlungen haben im Laufe des Jahres stattgefunden. An Beitragsmarken wurden an die Mitglieder verabsolgt 246 Marken zu je 80 Pfg., 117 zu 20 Pfg., 110 Extramarken zu 30 Pfg., 2070 Marken zu 30 Pfg. und 636 Arbeitersekretariats-Marken zu 10 Pfg. Wegen Arbeitslosigkeit wurden den Mitgliedern 10 Monatsbeiträge zu 80 Pfg., 101 Wochenbeiträge zu 30 Pfg., und wegen Krankheit 4 Monatsbeiträge zu 80 Pfg. und 45 Wochenbeiträge zu 30 Pfg. erlassen. Die Gesamteinnahme betrug 1063,32 Mark, die Gesamtausgabe 1004,48 Mark, bleibt ein Bestand von 58,84 Mark. Der Lokalstreifonds wurde von 23 Mark auf 100 Mark erhöht.

Rath-Sitzung für das Jahr 1902. Der Senat hat in seiner am 8. Januar abgehaltenen Sitzung die Aemter wie folgt besetzt: Vorsitz im Senate: Bürgermeister Dr. Brehmer. Kommissariat für die Verhandlungen mit der Bürgerchaft und dem Bürgerausschuß: Senator Dr. Klug. Staatsarchiv: Bürgermeister Dr. Brehmer. Kommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten: Bürgermeister Dr. Brehmer, Vorsitzender, Senator Wolpmann, Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Fehling, Justiz-Kommission: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Kulenkamp. Kommissariat für Angelegenheiten des hanseatischen Oberlandesgerichts: Senator Dr. Fehling, Disziplinarkommission für Beamte: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Kulenkamp, Stellvertreter. Kirchenrath: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg. Senatsauschuß für Gewerbe- u. Versicherungsangelegenheiten: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender, Senator Behn, Senator Dr. Schön, Senator Vertling und Senator Postel. Stellvertreter. Reservat-Kommission, auch Rathshausverwaltung: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender. Senator Vertling, Rathshausverwalter. Kommissariat für Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Angelegenheiten: Senator Dr. Klug, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg. Kommissariat für die Deutsche Seewarte: Sen. Vertling. Kommission für Handel und Schifffahrt: Senator Wolpmann, Vorsitzender, Senator Eichenburg, Senator Behn, Senator Vertling, Senator Dr. Fehling, Senator Ewers, Senator Postel. Kommissariat für die Börse: Senator Dr. Fehling. Zoll-Kommission: Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Stooß. Militär-Kommission: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Kulenkamp. Ober-Erlaß-Kommission: Senator Kulenkamp, Senator Wolpmann, Stellvertreter. Beamten-Kommission: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Schön, Kommissionsrat für land- und forstwirtschaftliche Unfall-Versicherung: Senator Dr. Stooß, Vorsitzender, Senator Kulenkamp, Stellvertreter. Kommission für Angelegenheiten der Armenverbände: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Ewers, Senator Behn und Senator Vertling, Stellvertreter. Kuratursbehörde in Gewerbeangelegenheiten: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender, Senator Ewers, Senator Kulenkamp, Senator Behn, Senator Vertling und Senator Dr. Fehling, Stellvertreter. Gewerbegericht: Senator Dr. Fehling, Vorsitz., Senator Dr. Stooß. Einigungsamt: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Dr. Stooß, Stellvertreter. Stadt- und Landamt: Senator Dr. Stooß, Vorsitzender. Senator Kulenkamp. Senator Postel. Polizeiamt: Senator Dr. Schön, Dirigent. Senator Dr. Stooß, Stellvertreter. Medizinal-Kollegium: Senator Dr. Schön, Vorsitzender. Senator Dr. Stooß. Medizinalamt: Senator Dr. Schön. Werk- und Zuchtanstalt zu St. Annen: Senator Dr. Schön. Senator Dr. Stooß, Vorsitzender. Ober-Schulbehörde: Senator Dr. Eichenburg, Vorsitzender. Senator Ewers. Senator Kulenkamp. Navigationsschule und Kommissariat für die Seeschiffer- und Seesteuermanns-Prüfungen: Senator Vertling, Vorsitzender, Senator Ewers, Stellvertreter. Finanzdepartement: Senator Eichenburg, Vorsitzender. Senator Vertling. Senator Dr. Fehling. Senator Kulenkamp. Steuerbehörde: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Behn. Senator Dr. Stooß. Senator Ewers. Baudeputation (Vorkostenwesen): Senator Dr. Klug, Vorsitzender. Senator Wolpmann. Kanalbaubehörde: Senator Dr. Klug, Vorsitzender. Senator Wolpmann. Rechnungs-Revision. Deputation: Bürgermeister Dr. Brehmer, Vors. Senator Behn. Behörde für das Feuerlöschwesen: Senator Dr. Schön, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß. Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Ewers. Kirchhofs- und Begräbnisdeputation: Senator Vertling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß. Einquartierungsbehörde für die Stadt: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Ewers. Leihhausbehörde: Senator Behn, Vorsitzender, Senator Kulenkamp. Central-Armen-Deputation: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Ewers, Senator Postel. Armenanstalt: Senator Dr. Stooß, Vorsitzender, Senator Kulenkamp. Krankenhaus: Senator Ewers, Vorsitzender, Senator Postel. Irrenanstalt: Senator Vertling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß. St. Johannis-Jungfrauen-Kloster: Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Behn. Heiligen-Geist-Hospital: Senator Dr. Klug, Vorsitzender, Senator Wolpmann. St. Brigitten-Stiftung: Bürgermeister Dr. Brehmer, Vorsitzender, Senator Eichenburg, von Brämbien-Testamente: Senator Behn, Vorsitzender, Senator Vertling, Senator Dr. Stooß.

Der Bürgerausschuß setzte am Donnerstag die Berathung des Beamtenbesoldungsetats fort, vertagte dieselbe aber schließlich abermals bis zum 17. Januar. Wenn es so weiter geht, dann können noch Monate vergehen, ehe die Vorlage aus dem Bürgerausschuß herauskommt.

Zweijährig-Freiwillige, welche zum diesjährigen allgemeinen Rekruten-Einstellungstermin einzutreten wünschen, können sich bis auf Weiteres, Vormittags zwischen 9 und 10 Uhr, im Geschäftszimmer des H. Bataillons 3. Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 162, Fadenburger Allee, alte Kaserne, zwecks Annahme melden. Handwerker, insbesondere Schuhmacher und Schneider, werden bevorzugt. Der Meldeschein ist mitzubringen.

pb. Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Bäckergeselle aus Schützendorf, der sich in einem an der Fischergrube belegenen Hause unter Benutzung eines Schlüssels, den er noch als früherer Einlogier des Hauses in seinem Besitz hatte, eines Diebstahlversuchs schuldig machte. — Ein Fuhrwerksbesitzer brachte zur Anzeige, daß ihm ein zweispänniger Kastenwagen mit eisernen Rädern abhanden gekommen sei. — Am gestrigen Tage wurden sechs Personen wegen Bettelns und zwei wegen Trunkenheit festgenommen.

Die Reparaturarbeiten an der Behlendorfer Schlenke sind bereits beendet, dennoch aber kann der Kanal erst Ende nächster Woche wieder dem Verkehr übergeben werden, da die zur Reparatur verwandten Betonmassen noch nicht genügend ausgetrocknet und demzufolge noch nicht haltbar sind.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Neumünster ist am Sonntag eine Zahlstelle des deutschen Lösserverbandes gegründet worden. Die Lohnabzüge auf der Alsen'schen Ofenfabrik haben also doch das Gute gehabt, daß die Arbeiter endlich zum Klassenbewußtsein erwacht sind.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem Rittergute Vieklöbde bei Gabelbusch wurde dem Häusler Seggelfow beim Korndreschen der ganze rechte Arm aus dem Körper von der Maschine herausgerissen. — Ein Dienstmädchen zu Lüchow wurde kürzlich Abends von einem fremden Mann überfallen und trotz verzweifelter Gegenwehr arg mißhandelt. — Eas vom früheren Polizeikommissar Franke in Rendsburg, der bekanntlich wegen Verbrechen im Amte zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden war, eingereichte Gnabengesuch ist abschlägig beschieden worden. — In Uetersen, einer hollsteinischen Stadt von 6001 Einwohnern, regnete es im Vorjahre 455 polizeiliche Strafmandate. Es entfallen mithin auf jeden 13. Einwohner ein Strafmandat. Auch ein Rekord! — Ein Mädchen, dem beim Spielen ein Pantoffel in die Müllgrube gefallen war, wollte denselben wieder herausholen, fiel dabei aber in die Grube. Ein Lehrer befreite das Mädchen wieder, dasselbe verstarb aber schon am nächsten Tage. — Der 13jährige Knabe Salomon hat Donnerstag das Geständniß abgelegt, daß der seit einiger Zeit verschwundene Knabe Schauer in Hamburg bei der Hafensstraße ins Wasser gefallen und ertrunken sei. Man vermuthet bekanntlich, daß der Knabe einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. — Wie kürzlich mitgetheilt, versuchte in Hamburg eine Frau, nachdem ihr Kind verstorben war, sich zu erhängen. Nunmehr ist festgestellt worden, daß das Kind erdroffelt worden ist. Die Mutter kam in Haft. — In Cuxhaven traf der dänische Dreimastkjooner „Norma“ in vollständig wackem Zustande ein. Das Schiff hatte 16 Tage auf der Nordsee schwer mit Sturm und Wellen gekämpft.

Wandzöfel. Grober Erzeß eines jahnenflüchtigen Soldaten. Als Mittwoch der Kutscher eines in Lütjensee bei Trittau wohnenden Willenbesizers F., vom Bahnhof Trittau zurückkehrend, wohin er einen Elektrotechniker aus Hamburg gefahren hatte, die Ortschaft Dverkathen passirte, wurde er von einem Soldaten des 76. Regiments eruchtet, ihn mitzuführen zu lassen, was ihm bereitwilligst gewährt wurde. Kaum hatten die beiden das Dorf im Rücken, als der Soldat aufsprang und an den Kutscher das eigenthümliche Ansinnen stellte, er solle den Wagen verlassen, da er, der Soldat, allein davonfahren wolle. In der Meinung, daß der Soldat einen Scherz gemacht habe, achtete der Kutscher anfangs nicht weiter darauf. Als dieser aber plötzlich einen Faustschlag gegen den Kopf erhielt, wurde er sofort eines Andern belehrt, und als er sich zur Wehre setzte, zog der Soldat seinen Säbel und sagte: „Wenn Sie sich wehren, steche ich Sie durch und durch.“ Bei dieser Drohung sollte es leider nicht sein Bewenden haben, sondern der Soldat hieb unbarmherzig auf den Kutscher ein, diesen erheblich verlegend. Nach dieser Heldenthat warf er den Kutscher zu Boden, wo der Bedauernswerthe befinnungslos liegen blieb, bis ihn einige des Weges kommende Händler fanden und für seine Unterkunft Sorge trugen. Der Soldat war mit dem Wagen davongeejagt, in der eine Stunde von Rahlstedt entfernten Ortschaft Braak kehrte er ein und machte eine größere Beche, die er nicht bezahlte. Der leichtsinnige Patron sprang schnell auf den Wagen und raste damit in der Richtung nach Rahlstedt davon. Mehrere ortseingeweihte Personen hatten sich schnell beritten gemacht und eilten dem Flüchtigen nach, der aber bereits einer großen Vorjprung hatte. Vor der Gastwirthschaft von Schilling in Rahlstedt hielt das Fuhrwerk, während der Soldat gemächlich beim Frühstück saß. Als der Trupp Verittener vor dem Gasthof erschien, wollte er Reißaus nehmen, was ihm aber nicht glückte. Nach längerer Gegenwehr wurde er überwältigt, gefesselt und dem Amtsvorsteher Ohlendorf zugeführt. Eine Militär-Patrouille hat den Verhafteten, der von seinem Weihnachtsurlaub noch nicht zurückgekehrt ist und in Folge dessen als Fahnenflüchtiger behandelt wird, Mittwoch Nachmittag seinem Truppentheile zugeführt. Seine Heldenthaten werden wohl bald das Kriegsgericht beschäftigen.

Altona. Verurtheilter Rechtsanwält. Vor der Strafkammer I des Altonaer Landgerichts wurde Donnerstag gegen den Hamburger Rechtsanwalt Dr. E. H. Behn und die unverehelichte Kahle wegen Ehebruch verhandelt. Nach vierstündiger, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Beweisaufnahme, beantragte der Staatsanwalt gegen den Rechtsanwalt fünf Monate, gegen seine Mitschuldige einen Monat Gefängniß. Die Strafkammer verurtheilte den Rechtsanwalt zu zwei Monaten, die Mitschuldige zu einem Monat Gefängniß. Dr. B. ist bereits ein alter, ergrauter Mann.

Niel. Der Dänenkoller wird nunmehr auch auf das kirchliche Gebiet übertragen werden. Wie die „Niel-Zeitung“ meldet, hat das evangelisch-lutherische Konsistorium für die Kirchengemeinden mit dänischer Kirchensprache angeordnet, daß die Ministerialbücher, soweit dies nicht bereits geschieht, vom 1. Februar 1902 an in deutscher Sprache zu führen sind. Soweit Register mit dänischem Vordruck noch im Gebrauch sind, können dieselben weiter geführt werden, jedoch in deutscher Sprache; bei Anschaffung neuer Register sind die borgeführten Formulare zu verwenden. Durch solche Maßnahmen wird man niemals den Dänen deutsche Gesinnung beibringen können; es ist vielmehr zu befürchten, daß dadurch Vorgänge a la Wreschen herbeigeführt werden.

Bremen. Begnadigungskandidaten. Der schwedische Baron Selmutz von Wraugel wurde am Donnerstag vom Landgerichte wegen Zwickampfes mit dem Kaufmann und Reserveoffizier Gerdes zu fünf Monaten Festung verurtheilt. Gerdes erhielt durch Urtheil des Kriegsgerichts drei Monate Festungshaft.

Am Mittwoch den 8. Januar, Abends 7 Uhr, starb nach langen schweren Leiden unser lieber und verehrter Sohn und Bruder

Heinrich
im 20. Lebensjahre. Tiefbetrauert von uns allen.
Heinrich Nordmann und Frau geb. Dr. en fha n n nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Montag den 13. Jan., Vorm. 11 1/2 Uhr, von der Capelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Beginn der Trauerfeier 11 1/2 Uhr.

Gesucht zu Oftern ein Lehrling.
F. Eggert, Schuhnacher, Langereihe 5 a.

Vice!

gesucht zu sofort oder später, welcher gegen Vergütung von freier Wohnung die Verwaltung und Vermietung von Arbeiterwohnungen übernimmt. (Bauhandwerker bevorzugt.) Offerten mit V H an die Exp. d. B. Bl

Gesucht wird von einem hiesigen Männergesangverein ein tüchtiger Gesangsleiter.
Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche u. G 307 befördert die Exp. d. B. Bl

Zu kaufen gesucht ein Haus passend für Krämerei. Off. unter A 45 an die Exp. d. B. Bl

Gesunden 1 eiserne Stange m. Klau beim Schlachthaus.
Abzuholen Wiedestraße 20, part.

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Nachricht, daß ich am Sonnabend den 11. d. M. in der **Westhoffstraße 33** Ecke Warendorpsstrasse eine

Schlachterei und Wurstmacherei eröffne.

Es wird mein Bestreben sein, stets gute Waare zu liefern und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Chr. Scheel.

Niederlage
d. Lübecker Genossensch.-Bäckerei
echtes Commisbrot.

August Holst

Colonial- und Fettwaaren
Kupferschmiedestr. 7.

Als billige und gute
Einkaufsquelle

von Essig, Essigsprit, Heringen,
Salzgurken, Sauerkohl,
Anchovis, Käse u. s. w.

Lassen wir
H. L. Wiegels

vorn. J. C. Bunge

61 Fischergrube 61 empfehlen.

Pa. Rindfleisch Pfd. 40 u. 45 Pfg.

Schweinefleisch Pfd. 65 -

Hammelfleisch . - 50 -

Kalbfleisch . . - 40 -

Schmalz . . . - 70 -

Pr. gekochte Mett- u. Leber-

wurst Pfd. 60 Pfg., Sätze u.

Braunsch. Wurst Pfd. 50 Pfg.

W. Strohsfeldt

Strohsfeldtstraße 73

Marktstr. Nr. 12, 13 und 15.

H. Hopffleisch

Leberwurst u. Brodwurst

Stück 10 Pfg.

empfehlen

Heinr. Viereck, Süßstraße 96

empfehlen

Pa. junges fett. Rindfleisch Pfd. 45 Pfg.

Bratenfleisch 50 Pfg.

H. Wichmann

Reißerstraße 17.

Unerhört!

Prima junges fett. Rindfleisch 45 Pfg.

Sammelfleisch 45 Pfg.

Kalbfleisch 40 Pfg. liefert

Fritz Möller, Wakenhauer 86,
bei der Großen Schödiggrube.

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend theile hierdurch ergebend mit, daß ich mit dem heutigen Tage

Schwartauer Allee 65
vis-à-vis Hansa-Apotheke
eine

Schlachterei und Wurstmacherei
nebst Rauchfleischhandlung
eröffnet habe.

Indem ich nur beste Waare zu soliden Preisen bei prompter Bedienung zusichere, bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Oscar Keil.

Jedermann

der noch einen

Neuen Welt-Kalender

wünscht, wird erjucht, denselben baldigst zu entnehmen, da dieselben in Kürze vollständig vergriffen sind. Noch zu haben in der

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Vom 10. (heute) bis 17. d. Mts. :

Grosser

Räumungsausverkauf.

Stannend **Schaufenster!** **billig**

sind sämtliche Reste sowie einzelne zurückgesetzte Artikel.
u. u. verkaufe

einen **Posten Knaben- u. Herren-Anzüge**

in Cheviot, Kammgarn und Buckskin

zu enorm billigen Preisen.

Königstr. **Harry Dahm** Gede
91. Bahmstr.

Rechnungsformulare

mit und ohne Firma

liefert prompt und billig

die **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**

Aug. Bessmann

— Langer Vogberg 45 —

empfehlen sich zu

Abschließen von Feuer-,
Lebens-, Unfall- und Haft-

versicherungen.

Einem Posten

Schweizer-Käse

(kein Bruch)

Pfd nur 50 u. 60 Pfg.

Butterhandlung

„Zur Krone“

Leere Farbtonnen

hat abgegeben

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Zur Aufklärung!

Der Ball des Friseurgehilfenvereins zu Lübeck, welcher am 12. Januar 1902 im Concordiagarten stattfindet, ist nicht zu verwechseln mit dem Verband d. Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher.
Der Vorstand.

1. Internationale Haben-Ausstellung

in Lübeck
Concerthaus Fünfhausen
vom 9. bis incl. 13. Januar 1902.
Täglich geöffnet
von Morgens 9 Uhr bis Abends 9 Uhr.
Grösste

Schenswürdigkeit!
Thiere aus allen Welttheilen.

Eintritt à Person 50 Pfg., Kinder und Militär von Feldwebel abwärts 20 Pfg.
Unverzüglich Schluß Montag
des 13. Januar, Abends 9 Uhr.



Gesang-Verein

„Einigkeit“
(St. Gertrud).

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 11. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Lokale „Neu-Lauerhof“.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.

2. Berichtigungsfrage (Maschinenball).

3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Spar-Club „Ohne Zweifel“.
Sonntag des 12. Januar, Nachm. 5 Uhr
Versammlung
bei Boysen, Böttcherstr.

Vereinshaus.

Sonnabend und folgende Tage:

Anstich Bockbier
aus allen hiesigen Brauereien.

Stadt Stockholm.

Sonnabend den 11. Januar 1902:

Großes Bockbier-Fest

verbunden mit

declamatorischen Vorträgen.

Hierzu ladet freundlichst ein

J. Westendorf, Engelsgrube 87.

Schwartau-Hensfeld.

Masken-Ball

des Gesang-Vereins Harmonia
am Sonntag den 19. Januar

im Lokale des Herrn G. Sternberg.

Kassensammlung 7 Uhr.

Maskenzug 8 Uhr.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei:

A. Schmüde- und S. Meier-Hensfeld und

A. Hinz-Schwartau

Maskenkarderobe bei S. Meier und im Lokale.

Um zahlreichen Besuch bittet
Das Fest-Comitee.

Bersänmen

Sie nicht, sich das

neue prachtvolle

Januar-Programm

im

Circus Variété

anzusehen.

Außergewöhnliche Attraktionen.

Heute zum ersten Male:

Das Geburtstagskind

Neu! Bitte mit Heintz Rahberg. Neu!

Es wird riesig gelacht!!

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.

Sonnabend den 11. Januar. Anfang 7 Uhr.

103. Vorstellung.

18. Vorstellung außer Abonnement.

9. Schüler- und Volksvorstellung bei kleinen

Preisen.

Auf Wunsch:

Uriel Acosta.

Drama in 5 Akten von Karl Gnylow.

Sonntag den 12. Januar. Anfang 4 Uhr.

12. Nachm.-Fremden-Vorstellung

Hänsel und Gretel

Schauspielpreise.

Abends 7 1/2 Uhr.

86. Abon.-Vorst. 104. Vorst. 16. Sonntags Abon.

Zum 4. Male:

Wiener Blut.

Nachgelassenes Werk von Johann Strauß.

Montag den 13. Januar. Anfang 7 Uhr.

87. Abon.-Vorst. 105. Vorst. 15. Montag-Abon.

Doppel-Kasspieler-Vorstellung
Singspiel des Hrn. Clarence Whitebill von
der Opéra Comique in Paris
und des Herrn Karl Glöe.
Die Walküre.

Bezeichnetlicher Redacteur: Otto Friedrich

— Verantwortlich für die Inhalt „Lübeck und Hochbargelände“ und die mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.

Rediger: Theodor Schwarz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schmelzstraße in Lübeck.

Der Schneekengang in der sozialen Gesetzgebung.

Kein großer Fortschritt auf sozialem Gebiet, der das Jahr 1901 charakterisieren würde! So manche kleine Arbeit wurde geleistet, so manches geschah zum Ausbau der sozialen Verwaltung, aber so viele Hoffnungen wurden enttäuscht, seit langem Erstrebtes blieb unerfüllt. Am meisten gilt dies vom deutschen Reich! Das Glückwerk von Bundesratsverordnungen wurde ein bisschen erweitert, und neben dem Bundesrat haben einzelne Regierungen Verordnungen auf sozialem Gebiete erlassen, auf dem Wege der Gesetzgebung ist, abgesehen von dem Gewerbevertragsgesetz, das der Initiative der Sozialdemokratie und des Zentrums entsprang, nichts auf diesem Gebiet der Erwähnung Wertes geschaffen worden. Am 1. Oktober sollte eine Bundesratsverordnung zum Schutze der Gastwirtsgehilfen in Kraft treten, selbst diese Versprechung des 15 stündigen Normalarbeitstages ist nicht erfüllt worden. Die Notwendigkeit einer Veränderung der Verordnung zur Verhütung der Milzbrandvergiftungen ist nun nicht nur durch sozialdemokratische Reden und Petitionen, sondern auch durch neue Todesfälle an Milzbrand erwiesen. Trotzdem hat der Bundesrat eine Verschärfung seiner Verordnung noch immer nicht für erforderlich gehalten.

Mehrmals wurde davon gesprochen, daß die Reichskommission für Arbeiterstatistik, die mehr im Handbuch für das deutsche Reich als in Wirklichkeit existiert, umgestaltet werden soll. Wieder wurde einmal die Lockspeise aufgestellt, daß wir wie Oesterreich, Frankreich, Belgien, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und bald auch Italien ein arbeitsstatistisches Reichsamt erhalten sollen. Aber obgleich dasselbe im Jahre nicht mehr kosten dürfte, als eine Artillerieübung eines unserer Panzerschiffe, so hat der sonst so wenig in den Vordergrund tretende Staatssekretär für das Reichsamt erklärt, daß der Stand unserer Reichsfinanzen eine Ausgabe dieser Art nicht gestatte. Anlässlich des Todes des Herrn v. Scheel und seiner Erhebung durch einen der Statistik vollständig fremden Geheimrath, sprach man wieder von der Schaffung einer besonderen Abteilung des reichsstatistischen Amtes für die Arbeiterstatistik, aber auch hierüber ist es wieder stille geworden. Unsere Abgeordneten werden wohl Anlaß nehmen, sich über die sehr geheimen Pläne einer hohen Reichsregierung über die beste Methode, die Arbeiterstatistik in Deutschland einschleifen zu lassen, zu äußern. Der Reichskommission wurde der Auftrag gegeben, Erhebungen über das Fleischergewerbe und über die tägliche Arbeitszeit der Binnen-Schiffsbetriebe vorzunehmen. Gehen die Arbeiten der Kommission weiter den halbbrecherischen Gang wie in den verflochtenen Jahren, so kann man bei guter optimistischer Veranlagung wohl die Hoffnung aussprechen, daß diese Arbeiten sich im Jahre 1910 dem Abschluß nähern dürften.

Während auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung und des Verordnungsrechtes des Reiches, soweit es die Sozialgesetzgebung betrifft, eine den ärgsten Scharfmacher beruhigende Stille herrscht, war die Zurückziehung des Lübecker Streikpostengesetzes, das das Reichsgericht für rechtsungültig erklärte, schmerzhaft für die Scharfmacher. Dagegen waren die Proteste der Baumeister und Hausagrarier gegen die Wohnungserrasse der preussischen und bayerischen Regierung und gegen den Erlaß von Bauarbeiter-Schutzbestimmungen in Bayern nicht allzu ernst zu nehmen. An dem Wohnungselend und Wohnungsjammer werden die Erlasse über die Wohnungsaufsicht und über die Förderung des Baues kleiner und billiger Wohnungen kaum irgend etwas ändern. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß das Jahr 1901 in hohem Maße bemerkenswert war durch das lebhafteste Interesse, das der Wohnungsfrage ent-

gegengebracht wurde. Sozialdemokraten, Demokraten, Nationalsozialisten, der Verein für Sozialpolitik, die Architekten, die Hausbesitzervereine u. u. nahmen auf Parteitag und General-Versammlungen Stellung zu der Wohnungsfrage. Auch eine Reihe von Stadtverordneten-Versammlungen zu Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M. erörterten die Frage, wie das Erbbaurecht zu Gunsten einer Verminderung der Wohnungsnoth und des Wohnungswuchers ausgenutzt werden könnte. Besondere Erfolge sind nicht zu konstatieren. Gegenüber dem außerordentlichen Umfange der Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswezens und gegenüber der Macht der Hausagrarier darf man sich von all den Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Wohnungspolitik vorgeschlagen werden, auch für die kommenden Jahre nicht viel versprechen. In unabweisbarer Weise und wohl begründet brachte diese Auffassung zum Ausdruck der sozialdemokratische Parteitag in Lübeck.

Das Jahr 1901 war für die Bauarbeiter von Bedeutung, weil in Bayern ihre Forderung nach Bauaufsichtern aus dem Arbeiterstande in einer Regierungs-Verordnung berücksichtigt wurde. Aber bloß in München wurde einigermaßen im Sinne unserer Forderungen dieser Verordnung Rechnung getragen. Bloß äußerlich geschah dies in Nürnberg, die meisten übrigen Städte suchten die Durchführung der Verordnung durch passiven Widerstand zu verhindern. Auf dem Gebiete des Verordnungswezes sind noch erwähnenswert die preussischen, bayerischen und anderen Verordnungen zur Durchführung der Bestimmungen über die Stellenvermittlung; leider ist aber damit dem privaten Stellenwucher das Lebenslicht nicht ausgelöscht worden. Aus Hessen ist zu erwähnen, daß für staatliche Arbeiter Ruhegehälter eingeführt wurden, daß eine Enquete in Angriff genommen wurde über die Verhältnisse der im Staatsdienste beschäftigten Arbeiter sowie daß vom Landtage die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der freien politischen Meinungsäußerung und der Koalitionsfreiheit der staatlichen Arbeiter nichts in den Weg gelegt werden dürfe. Im Interesse der städtischen Arbeiter haben sich unsere Vertreter in den verschiedenen Stadtverordneten-Versammlungen redlich bemüht. Aus Sachsen-Gotha ist zu melden, daß im Gegensatz zu den Verfolgungen der Arbeitersekretariate in Ostpreußen und in Meuß j. L. eine staatliche Subvention von 2000 Mk. im Jahr dem Arbeitersekretariate bewilligt wurde. Meuß j. L. ist in die Reihe der Staaten eingerückt, die Mittel für die weibliche Fabrikinspektion bewilligen.

In der Richtung zur internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung ist das Zustandekommen des internationalen Arbeitsamtes in Basel zu erwähnen, das sich aber als eine, wenn auch von mehreren Regierungen unterstützte, private Schöpfung darstellt. In den Kreisen der italienischen und österreichisch-ungarischen Regierung soll man nicht abgeneigt sein, die Frage eines internationalen staatlichen Arbeitsamtes wieder zum Gegenstand der Erörterungen der Diplomaten zu machen.

Abgesehen von einigen kleinen Fortschritten auf dem Gebiete der kantonalen Arbeiterschutzgesetzgebung ist aus der Schweiz nur eine weitgehende Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes bemerkenswert. Und zwar weniger deshalb, weil 32 neue Berufse der Haftpflicht unterworfen wurden, als weil die Haftpflicht nicht nur auf den Kreis der Unfälle beschränkt blieb, sondern auch auf die Berufskrankheiten ausgedehnt wurde, eine Forderung, die wir in Hinsicht auf unsere deutsche Unfallversicherungsgesetzgebung noch immer nicht erfüllt sehen. Aus Oesterreich ist bemerkenswert die Einführung des Neunstundentages für die Bergarbeiter, die Aussicht auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit derselben in den kommenden Jahren und die Konstatierung im Parlamente, daß die Arbeitszeit der staatlichen Bergarbeiter bloß 8 Stunden betrage. Die Bergarbeiter sind auch in anderen Ländern die Arbeiterkategorie, die mit den sozialpolitischen Ergebnissen des verflochtenen Jahres am ehesten zufrieden sein kann. Das englische Unterhaus

nahm mit einer leider nicht erheblichen Mehrheit einen Gesetzesvorschlag über den Achtstundentag der Bergarbeiter an; in Frankreich wurde der angebotene Generalausstand der Bergarbeiter nur verhindert durch die Zusicherung der Regierung, eine Revision des Gesetzes in der Richtung einer Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch nicht auf 8 Stunden, und eine Revision der anderen Bestimmungen im Interesse der Bergarbeiter herbeizuführen. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung eines Reichsbürgergesetzes wurde von der Regierung eines deutschen Kleinstaates im Bundesrathe wiederholt.

Aus Frankreich ist die Festlegung des schon vorher eingeführten Achtstundentages für die im Post- und Telegraphenwesen beschäftigten Personen und des Minimallohnes von 4 Mark zu erwähnen. Eingebacht wurde ein Gesetzentwurf, der den Geltungsbereich der gewerblichen Schiedsgerichte auf die kaufmännischen Betriebe, dann, mit Ausschluß der eigentlichen Beamten, auf Staats-, Kommunal- und Provinzialbetriebe ausdehnen soll. Der Streikgesetzentwurf und der Entwurf eines Altersversicherungsgesetzes wird wegen des Widerstandes der Arbeiter, selbst der getreuesten Anhänger Millerands, so des französischen Gewerkschaftsverbandes und der Pariser Arbeiterbörse zurückgezogen werden müssen. Jedenfalls ist die Erledigung der Gesetzentwürfe vor den im Jahre 1902 stattfindenden Neuwahlen der Kammer nicht mehr zu gewärtigen.

In Belgien sucht man endlich einen Weg trotz der durch Bestimmungen der Verfassung entgegenstehenden Schwierigkeiten, einen gesetzlichen Ruhetag für die Arbeiter einzuführen.

England hat Bestimmungen zum Schutze der in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Frauen ebenso verschlechtert, wie es die Kampffähigkeit der Gewerkschaften durch eine gerichtliche Entscheidung des Oberhauses vermindert hat.

Noch vor den Neuwahlen wurde in Dänemark eine Verbesserung des Fabrikgesetzes und der Fabrikaufsicht beschlossen. Zum Theil bleiben die Bestimmungen aber noch immer hinter denen anderer Staaten zurück. Von den Bestimmungen, in denen das neue dänische Gesetz vor der deutschen Fabrikgesetzgebung einen Vorsprung hat, erwähnen wir die Einsetzung eines Arbeitsamtes mit drei Vertretern der Gewerkschaften, die damit amtlich als die Wortführer der gewerblichen Arbeiter anerkannt wurden, dann die Bestimmung eines Luftraumes von 8 Kubikmeter auf jeden Arbeiter in den Fabriken.

In Norwegen wurde die Arbeitszeit der Arbeiter in den Staatsbahnwerkstätten von 59 auf 53 Stunden und die in den Militär- und Marinewerkstätten, bis auf Widerruf, von 53 auf 48 Stunden verkürzt.

In Italien ist sowohl von der Regierung als von den Volksvertretern die Einführung eines zentralen Arbeitsbureaus und obersten Arbeitsrathes beantragt worden.

Im Staate Washington ist der Achtstundentag für alle Staatsarbeiter, auch für die sogenannten indirekten Staatsarbeiter, die Staatsarbeiten bei privaten Unternehmern verfertigen, eingeführt worden.

Wir wissen nicht, ob es so beschiedene Leute giebt, die mit den sozialpolitischen Fortschritten des Jahres 1901 zufrieden sind. Der Arbeiterklasse gehört sicherlich Niemand von diesen an, in Deutschland dürfte außer einigen Schlotbaronen die Unzufriedenheit über den Schneekengang der Sozialpolitik vorherrschen. An den deutschen Arbeitern, an der Kräftigung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation wird es liegen, daß endlich die dringenden Forderungen der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Möge das Jahr 1902 uns diesem Ziele näher bringen!

(„Leipz. Volksztg.“)

Joseph Coney.

Roman von John Law.

Aus dem Englischen von F. Cassirer.

3. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Seite hatte noch einen Bruder, der irgendwo in einem Arbeitshause unterkommen gefunden hatte; ihre Mutter war vor zehn Jahren auf die „Wanderschaft“ gegangen und nicht mehr zurückgekehrt. Zu Mrs. Elwin war sie vor einem Jahre gekommen, und Mrs. Elwin behielt sie, weil sie wie ein Galeerenflave arbeitete und stark wie ein Pferd war.

Seite richtete das Mittagbrod an, das heißt, sie trug eine große Schüssel voll gekochten Schellfisch nach oben in „das Wohnzimmer“, schüttete sie dort auf eine kleinere Schüssel, und in einer Hand die Schüssel mit Fisch, in der anderen eine mit Kartoffeln, ging sie dann zu einem Tisch, an dem drei Personen Platz genommen hatten. Es waren dies Mrs. Elwin, ihre Tochter und ein bereits älterer Herr, der gefräufeltes graues Haar, eine lange Nase und kleine Augen hatte. Er hieß Cohn. An der Thür stand ein rüthhaarer, junger Mann, der sich darüber beschwerte, daß in dem Zimmer, welches er von Mrs. Elwin gemiethet hatte, zahlreiche Mäuse vorhanden seien, und durch sein Verlangen, in dem Zimmer eine Mausefalle aufstellen zu wollen, Mrs. Elwins Unwillen im höchsten Grade erregte.

„Und ich versichere Sie, im ganzen Zimmer ist auch nicht ein einziges Mauseloch vorhanden, wenn Sie durchaus eine Maus gesehen haben wollen, junger Mann, so muß sie gerade durch den Schornstein gekommen sein,“ erklärte die Wirthin.

„Und ich habe drei Mäuse auf einmal gesehen,“ bemerkte der Jüngling.

„Das ist gar nichts,“ mischte sich Seite ein. „Su der

Küche giebt es sogar Ratten. In meiner Kammer und über meinem Bett spielen sie immer Verstecken.“

„Rummere Dich um Deine Sachen,“ unterbrach sie ihre Herrin. „Ich werde Ihnen die Nase auf Ihr Zimmer schicken, junger Mann, Adieu!“

Das „Wohnzimmer“ war ein gemütlich eingerichtetes kleines Zimmer mit getünchten Wänden. In den Ecken standen große Spinde, und auf dem Kamin waren unter schützender Glashülle Wachsbüchsen zur Schau gestellt. Bevor Mrs. Elwin sich verheirathet hatte, hatte sie derartige Wachsbüchsen angefertigt, und zur Erinnerung an ihre Mädchenzeit diese rothen Rosen und weißen Lilien aufbewahrt.

Zwei alte Oelgemälde schmückten zwei gegenüberliegende Wände, und zwar stellten sie Mr. und Mrs. Elwin kurz nach ihrer Hochzeit dar. Beide Bilder zeigten rosiges Wangen, glaskarige blaue Augen, glänzendes brünettes Haar und einen offenen Mund. Nach Art der Verliebten lächelten sie einander an, und das muß eigentlich wunderbar erscheinen, wenn man an die vielen Zwistigkeiten denkt, deren diese Bilder während der Dauer der fünfundsanzwanzigjährigen Ehe Zeuge waren.

Auf dem Büchertisch stand das Skelett einer Katze, der besten Mausefalle, die Mrs. Elwin je besessen hatte, — ein so gutes Thier war sie, daß sie ganz ausschließlich von Mäusen gelebt hat, abgesehen von den Ratten, mit denen sie gar manchen tapferen Strauß siegreich bestand. Mrs. Elwin betrachtete oft wehmüthig dieses Skelett und seufzte schwer, wenn sie daran dachte, daß sie ihren todtten Liebling nicht mehr würde streicheln können. Leider scheinen auch die Mäuse zu wissen, daß „Puffy“ todt war, meinte oft Mrs. Elwin.

Im Büchertisch standen religiöse Schriften und Prämien, die Polly in ihrer Schulzeit sich erworben hatte. Jeden Sonntagnachmittag nahm Mrs. Elwin einen Band heraus, um bald darüber einzuschlafen, denn Sonntags gestattete sie

sich eine Flasche Bier. Mit einem frommen Buch auf ihrem Schoß versuchte sie es dann, den „Juden“ Cohn, der sie selbst einen Freigeist nannte, zu bekehren. Ein großes Koffhaarsofa stand dem Kamin gegenüber; neben dem Kaminsteppich standen gleichsam als Schildwachen zwei Lehnstühle. Zwischen den Fenstern hatte die Familienbibel ihren Platz gefunden, und zwischen dem Bücherbrett und dem Kamin füllte das Piano den gemauerten Raum aus. Auf dem Piano konnte Polly „Segne Gott die Königin“, „Das Gebet einer Jungfrau“ und verschiedene Choräle spielen.

Sobald das Mittagmahl vorüber war, schob Mrs. Elwin ihren Stuhl vom Tisch fort, Polly ging hinaus nach ihrem Zimmer, und Cohn — „Dankel“ Cohn wurde er genannt — setzte sich in einen Lehnstuhl und steckte sich eine Pfeife an. Dankel Cohn besaß einen kleinen Vaden, nicht weit von Mrs. Elwins Hause. Er war ein Freund des seligen vielbemeinten Mr. Elwin gewesen, und die Freundschaft der beiden Männer rührte noch aus der Zeit von Mrs. Elwins Verheirathung her. Da Cohn Junggeselle war und sich, wie sich Mrs. Elwin ausdrückte, kein Heim, sondern nur einen „Vaden“ hatte, so war er oft zu seinem Freunde zu Tisch gekommen.

Er zahlte nicht für sein Mittagbrod, aber man erlaubte es ihm, sich für die ihm erwiesene Gastfreundschaft durch gelegentliche Aufmerksamkeiten erkennen zu lassen. So schickte er zu Weihnachten eine Gans, von Zeit zu Zeit eine Flasche Wein, und hatte er ein ganz besonderes gutes Geschick gemacht, verehrte er Mrs. Elwin ein selbenedes Kleid. Als Polly angekommen war, machte er der „Kleinen“ Geschenke. Damals wurde er auch „Dankel“ Cohn. Für Polly schwärmte er. Gätte man an dem geschilderten Nachmittage in das Herz des alten Junggesellen hineinsehen können, so würde man seltsame Sachen darin erblickt haben. Gefühle väterlicher, brüderlicher und liebhaberischer Natur, die sich mit Ehrfurcht und Scheu vor jenem Gliede des anderen Geschlechts vereinten, das er hatte aufwachsen, das er sich von

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Auf dem Baierische in Pilsen ist wegen einer von der Direktion verfügten fünfprozentigen Lohnherabsetzung ein Arbeiterstreik ausgebrochen.

Arbeiterentlassungen. Auf den Werken des Zwickauer Reviers haben im Laufe vergangener Woche Arbeiterentlassungen stattgefunden. Auf dem Schaderbach beträgt die Zahl der Entlassenen 70. Infolge Betriebsreduzierung sollen weitere Entlassungen in Kürze bevorstehen.

Die Verbesserung im Textilgewerbe hält nicht nur an, sie verallgemeinert sich auch. Aus den sächsischen Bezirken sowohl als auch aus den mitteldeutschen, bayerischen und württembergischen Orten wird übereinstimmend berichtet, daß nur allein die Webereien reichliche Aufträge erhalten haben, die auf Wochen hinaus volle Beschäftigung gewährleisten. In Gera-Greiz sind in den letzten Wochen so viel Aufträge eingegangen, daß ein Webermangel konstatiert wird. In Glauchau-Meerane sind Spinnereien, Webereien, Appreturen und Färbereien durchweg gut beschäftigt, Plauen hat besonders große Aufträge aus den Vereinigten Staaten erhalten. In Chemnitz ist die Strumpffabrikation zu steigenden Preisen beschäftigt, und auch in der Tricotagenbranche ist eine Verbesserung zu konstatieren. Sogar das Tuchgeschäft scheint sich einigermaßen zu beleben; in Forst i. L. sind die Fabriken befriedigend beschäftigt. Die günstige Lage der Rohstoffmärkte wirkt auf das gesamte Textilgewerbe anregend und ermächtigt es, daß die Preise der Rohstoffe zu denjenigen der Halb- und Fertigfabrikate ins richtige Verhältnis gesetzt werden.

Der vierte ordentliche Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes findet am Sonntag, den 4. Mai 1902, in Mainz statt.

Das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Buchdrucker hat auf Freitag, den 31. Januar, eine Urabstimmung über folgenden von der Bremer Mitgliedschaft gestellten Antrag ausgeschrieben: „Das Zentralkomitee wird beauftragt, an die Generalkommission mit dem Ersuchen heranzutreten, ob diese geneigt sei, auf Grundlage des Antrags des Verbandsvorstandes eine Einigung zwischen Verband und Gewerkschaft, von Organisation zu Organisation, in die Hand zu nehmen.“

Ein Wahlerfolg. In Springe wurde der erste sozialdemokratische Stadtverordnete, der Maurer Springer, in die Stadtverwaltung gewählt.

Parteitag der italienischen Sozialdemokratie Triests, des Küstenlandes und Dalmatiens. Am 5. und 6. fand in Trieste im neuen, imposanten Parteifokal der Triester Genossen der Parteitag der italienischen Genossen der Adria statt. Von der Gesamtpartei war Genosse Dr. Ellenbogen-Wien, von der Sozialdemokratie Italiens Abgeordneter Genosse Cabrimi, von den Sozialdemokraten Triests Genosse Colmans, von den Slowenen des Küstenlandes Genosse Rane anwesend. Die Verhandlungen ergaben einen wesentlichen Fortschritt und eine innere Festigung der Bewegung im Süden.

Die Ankündigung der Sperre ist keine Nötigung. Der Württembergischer Stange in Altdamm entließ eines Tages elf Gesellen, weil dieselben gegen seinen Willen dem Verbands der deutschen Württicher angehörten. In Folge dessen richtete der Zweigverband Bodejuch ein Schreiben an Stange, in dem das Verlangen ausgesprochen wurde, Verbandsarbeiter anzunehmen, widrigenfalls die Sperre über ihn verhängt würde. Stange nahm jedoch keine Gesellen, die dem Verbands angehörten, an, und darauf wurde beschlossen, die Sperre zu verhängen. Im Organ des Zentralvorstandes erschien eine diesbezügliche Bekanntmachung. Stange verhandelte nicht mit dem Verbands, sondern annuncierte in Stettiner Blättern und erhielt dadurch mehr Arbeiter, als er überhaupt beschäftigen konnte. Als eine diesbezügliche Notiz im Verbandsorgan erschien, sandte er den oben erwähnten Brief an die Staatsanwaltschaft und erstattete gegen den Unterzeichner, den Württichergefallen Bernhard Drewe aus Bodejuch, Anzeige wegen Nötigung. In Folge dessen wurde gegen Drewe vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Stettin verhandelt. Das Gericht erstattete jedoch nach eingehender Beweisaufnahme in dem Schreiben sachlich wie rechtlich keine strafbare Handlung und sprach demgemäß, wie der Stettiner „Volksbote“ meldet, Drewe von der Anklage der Nötigung frei.

Ein feiner Direktor. Der Direktor einer Nachener Chokoladenfabrik hatte im vorigen Jahre, als der Fabrikant eine allgemeine Lohnaufbesserung hatte eintreten lassen, die Arbeiter um den Betrag dieser Lohnaufbesserung betrogen, indem er in der Fabrik nichts von diesem entgegennommenden Schritt seines Prinzipals mit-

teilte und das über den alten Lohn hinausgehende Geld in seine Tasche steckte. Als die Arbeiter vor einiger Zeit einen höheren Lohn verlangten und sich direkt an den Prinzipal wandten, weil sie beim Direktor keinerlei Entgegenkommen erwarten zu dürfen glaubten, kam die Sache an's Tageslicht. Die Strafkammer verurteilte den Mann zu fünf Monaten Gefängnis. Als strafmildernd kam in Betracht, daß das unterschlagene Geld zurückgestellt worden ist.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Durch einen Brand wurde das Wohnhaus des Rentiers Goerte in Preussisch-Pohl-Land eingäschert. Drei Personen wurden vermisst. Dieselben sind wahrscheinlich in den Flammen umgekommen. — Recht schlimme Folgen hat wieder ein dummes Scherz gehabt, den sich jemand in Berlin gemacht hat. Wie die Blätter melden, erhielt der 41jährige Bahnsteigwächter Ernst Marcus zum Jahreswechsel eine beleidigende Postkarte, durch deren Inhalt er sich so gekränkt fühlte, daß er Selbstmord beging. Die Nachforschungen nach dem Schreiber der Karte sind im Gange. — Ueber einen seltenen Unfall mit tödlichem Ausgange wird aus Berlin gemeldet: Der 27jährige Bierbrauer Paul Siebert wurde in der Pagenhofer Brauerei bei der Arbeit von einem Freireifen erschlagen, der von einem großen Fasse abgesprungen war. Der Verunglückte, dem der Schädel zertrümmert wurde, hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder. — Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich im Dorfe Dolchau bei Calbe a. M. Der Mühlenbesitzer Dieterichs, der in Folge des großen Sturmes nach seiner Windmühle sehen wollte, kam in der Dunkelheit den Windmühlensügel zu nahe und wurde erschlagen. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb er kurze Zeit nachher. — Der Metzgergeselle Fölller in Manheim stieß irrtümlich einer verheirateten Frau, die er für seine Geliebte gehalten, das Fleischermesser in die Brust und durchschnitt sich dann den Hals. — Großes Aufsehen erregt in Pforzheim ein Kindesmord, der durch die begleitenden Umstände geeignet ist, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zu ziehen. Die 18jährige bildhübsche Tochter des in geordneten Vermögensverhältnissen lebenden Schreinermeister Maierchen Ehepaars gab auf dem Boden des elterlichen Hauses einem Kinde das Leben und tödtete dasselbe sofort nach der Geburt, wie sie angab, aus Furcht vor der Entdeckung. Durch Blutspuren auf der Bodentreppe wurde jedoch die Leiche des Kindes aufgefunden. Auf eindringliches Befragen gab das Mädchen als Vater des Kindes ihren bei dem Garde-Grenadierregiment in Karlsruhe dienenden eigenen Bruder an. Diese Angabe bestätigte sich, worauf der Bruder sofort verhaftet wurde. Von der Verhaftung des Mädchens, das sich bis dahin eines tadellosen Rufes erfreute, wurde Abstand genommen. — Nach einer heftigen Ersteuchung hat der Konditor Tantole in Saint Etienne (Frankreich) seine Frau durch einen Revolverstoß getödtet und die Leiche im Backofen verbrannt. Danach verübte er Selbstmord. — Der Besuch ist, wie aus Neapel gemeldet wird, neuerdings in Thätigkeit getreten. Ungerheure Flammen schlagen aus dem Innern empor. Große Massen Lava werden ausgeworfen. Bis jetzt ist jedoch keine Gefahr vorhanden.

Untersuchung und Gefinde auf dem Lande. Wegen Vergehen im Amte, so wird der „Zitt. Allgem. Zig.“ aus Jüterburg geschrieben, verhandelte die Strafkammer des Landgerichts wider den Amtsvorsteher Matthias Lottermojer aus Aua-Leibitz, Kreis Gumbinnen. Im März v. Jz. war die 15 Jahre alte Jda Wilt aus dem Dienst des Besitzers Urbat in Kl.-Dagen entlaufen. Lottermojer forderte die Wilt zur Rückkehr auf und drohte ihr durch Verfügung vom 2. April 10 Mark Zwangsgeld oder zwei Tage Haft für den Fall des Ungehorsams an. Als die Wilt hierauf nicht reagierte, ließ sie der Amtsvorsteher, trotzdem die Reichsjustiz seiner Zwangsverfügung gegenüber erst nach Ablauf von 14 Tagen, also am 17. April, eintreten konnte, bereits am 6. durch seinen Amtsdienster verhaften und sperren sie, ohne daß er sich davon überzeugte, ob ihre Mutter die Strafe bezahlen würde, auf zwei Tage, und zwar während des Osterfestes in das Amtsgefängnis. Zu seiner Entschuldigung führte Lottermojer an, daß auf dem Lande widerspenstiges Gefinde oft ohne weiteres eingesperrt wird und daß er sich mit dem Geiz über die allgemeine Landesverwaltung, auf Grund desselben die hier in Rede stehende Zwangsverfügung nur erlassen werden konnte, während seiner zehnjährigen amtlichen Thätigkeit nicht habe vollständig vertraut machen können, vielmehr ohne Geheißkenntnis die Zwangsverfügung nach einem zufällig gelesehenen Simile eines benachbarten Amtsvorstehers erlassen habe. Der Gerichtshof bewilligte das Vergehen sehr milde, nach Fahrlässigkeit

als vorliegend an und verurteilte Lottermojer zu fünf Mark Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis. — Unkenntnis der Gesetze schützt vor Strafe nicht. Der famose Amtsvorsteher Lottermojer, der sich trotz zehnjähriger Amtsthätigkeit nicht die erforderliche Geheißkenntnis aneignete, kann sich über harte Strafe nicht beklagen. Zu dem Fall braucht man weiter nichts zu sagen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Agrarier für das Weggehen der Dienstboten noch immer keinen anderen Grund gelten lassen, als ungerechtfertigte Begehrlichkeit und Vergnügungssucht.

Ueber die unglaubliche Behandlung eines unschuldig Verdächtigten bringt die „Ebersfelder Zeitung“ einen Aufsehen erregenden Bericht. Ein Bürger in Ebersfeld, E. Gottlieb Kulenkampff aus Bremen, Vertreter einer angesehenen chemischen Fabrik in Süddeutschland, wurde vor zwei Monaten vor die Kriminalpolizei geladen, weil er verdächtig war, mit einem von der Staatsanwaltschaft in Neu-Kuppin gesuchten Manne identisch zu sein, der im März 1900 in Neu-Kuppin mehrere Prostituirte geprellt und eine Frau Pastor um 5 Mk. geprellt hatte, obgleich der Gesuchte Kulenkampff hieß und einen starken dunklen Schnurrbart trug, während Herr Kulenkampff einen kleinen blonden Schnurrbart trägt. Der Beschuldigte konnte leicht seine Unschuld nachweisen. Dennoch wurde er am 2. Januar von zwei Kriminalbeamten zwangsweise aus seiner Wohnung abgeholt, wo er wegen einer Fußverrenkung aus Zimmer gefesselt war, und ungeachtet aller Proteste dem Amtsrichter Dr. Gerken vorgeführt, der ihn in Gegenwart seiner Frau vernahm. Der Amtsrichter wie die beiden Kriminalbeamten, welche noch vergebens die Wohnung nach einem weichen Filzhut und schwarzen Havelock, die der gesuchte Ganner getragen hatte, durchsucht hatten, glaubten den Ver Sicherungen K.s., daß er unschuldig sei, dennoch mußte er in Untersuchungsgefängnis wandern, wurde hier aber nicht wie ein Untersuchungsangehöriger, sondern wie ein Strafgefangener behandelt. Die Schulberungen, welche das Blut davon giebt, sind geradezu haarsträubend. Nach zwangsweiser Reinigung und Einlieferung in Strafgefängnis kam 7 Uhr Abends die Anweisung, K. wieder in Freiheit zu setzen. Er erhielt dann seine Sachen zurück, aber seine Bitte, ihm auf seine Kosten Fahrgelegenheit zu schaffen, wurde barock abgewiesen. Er mußte daher in strömendem Regen, an dem kranken Fuße nur mit einem Pantoffel bekleidet, zur nächsten Straßenbahnhaltestelle humpeln. — Wie sagte doch schon Schiller: „Die Höhe der Kultur eines Landes erkennt man an der Behandlung seiner Gefangenen.“

Raffinierte Kuppelinnen. Wegen Kuppel hatten sich vor der Strafkammer in Aachen dieser Tage zwei Frauenspersonen zu verantworten. Der Ehemann der einen hatte sich noch rechtzeitig durch die Flucht seiner Verhaftung entzogen. Die Angeklagten hatten ihr Gewerbe in einem Hause der Bismarckstraße betrieben und das betreffende herrschaftlich eingerichtete Haus mit allerlei Vorsichtsmaßregeln gegen eine polizeiliche Ueberraschung versehen. So ging von der Hausthür aus eine elektrische Schelle an, welche nach allen Räumen, wobei unter jedem Bett eine Klingel angebracht war. In den Zimmern selbst waren Hohlräume vorhanden, worin sich auf ein von der Hausthür aus gegebenes Zeichen die Dirnen verstecken mußten. So war eine Waschkomode zu diesem Zwecke eingerichtet worden, ferner eine große Kartoffelkiste, die oben zwar eine dünne Schicht Kartoffelschalen und Abfälle zeigte, im Innern aber einen hohlen Raum barg, der groß genug war, eine Person aufzunehmen. Die eine der Angeklagten, die in dem Hause als Putzfrau im Dienst stand, wurde wegen Kuppel zu drei Tagen, die Ehefrau wegen derselben Straftat zu neun Monaten Gefängnis, sowie wegen unerlaubten Schankbetriebes zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Ihr wurde ein Monat der erlittenen Vorhaft angerechnet.

Eine pfiffige Braut. Ein englisches Blatt erzählt die nachstehende heitere Geschichte. Ein armes junges Paar kommt zum Priester und will getraut sein, reich an Liebe, aber arm an Geld. Die nötigen Silberlinge zur Entlohnung des Populators hatten sie nicht bei sich, und der Mann, ohne dessen Segen sie ihren Ehestand nicht beginnen wollten, war hart. „Kein Geld, keine Hochzeit“, das waren seine Worte. „Lassen Sie mich nach Hause gehen, ehrwürdiger Vater“, hub die Maid nach kurzem Nachsinnen an, ich werde das Geld beschaffen.“ Der Urlaub wurde gewährt, und die Braut entlieft. Bald kehrte sie mit einigen Schillingen zurück und die Zeremonie wurde sodann zur beiderseitigen Zufriedenheit vollzogen. „Dann nun niemand mehr unsere Trauung ansprechen, ehrwürdiger Vater?“ fragte die junge Frau den Gottesmann. „Nein, Katharina“, erwiderte dieser, „niemand.“ „Auch Sie nicht mehr, hochwürdiger Herr?“ „Nein, junge Frau, Sie sind mir nunmehr entrückt.“ „Gott segne Gue. Hochwürden. Hier ist der Pfandschein für Ihren Hut und Ueberrock, die ich vorher aus der Sakristei mitgenommen und versteckt habe.“

Vom Simplontunnel lauten die Nachrichten noch immer außerordentlich ungünstig. Das Wasser, das auf der italienischen Seite des Tunnels in denselben unaufhaltbar eindringt, die Arbeiten hindert und die Maschinen verdirbt, scheint sich noch immer zu vermehren. Die Hoffnung, daß man durch das Abtufen des Wilbbachs Cairajo den Wassermassen, die fast 1000 Liter in der Sekunde betragen, Einhalt thun könne, hat sich als verfehlt erwiesen. Die Farbstoffe, die man in den Fluß warf, verfarbten das in den Tunnel eindringende Wasser nicht im geringsten. Jetzt glauben die Fachleute, daß alles Unglück vom Wilbbach Rembro komme, der ebenfalls oberhalb des Tunnels sein Bett hat. Der Schaden, den Italien durch dies unerwartet eingetretene Hindernis erwächst, ist ganz unberechenbar, um so mehr, als eine ganze Reihe Unternehmungen in Mitteleuropa gezogen werden, die mit den Arbeiten des Tunnels in enger Verbindung stehen.

Die Volkszählung in den Vereinigten Staaten stellte 84 233 069 Seelen fest; davon entfallen auf die Vereinigten Staaten im engeren Sinne 75 994 575, auf die Philippinen 6 961 339, auf Porto Rico 953 243, auf Hawaii 154 001, auf Alaska 63 952, auf Guam 9000 und auf Samoa 6100. Außerhalb der Heimath befinden sich 91 219 Angehörige des Heeres und der Flotte.

einem winzigen hilflosen Geschöpf zu einem jähren jungen Mädchen hatte entwickeln sehen. Als Baby hatte sie auf seinen Armen gesehen und jetzt wünschte er oft jene Zeiten zurück, denn damals hatte er ihre kleinen Händchen auf seinem Gesicht gefühlt und hatte ihr so viel Küsse wie Papstlunge geben dürfen. Aber als sie älter wurde, da nahm sie wohl die Zuderlauge an, gab aber keine Küsse mehr dafür, denn „Dadel Cohns Bart war so rau“, und jetzt behandelte sie ihn als einen alten Knäcker, den man wegen seiner Angewohnheiten anslachen und veripotten darf.

Sein Leben hatte ein wunderbares Aussehen. Ueber dem Eingang war ein Schild, das den Eintretenden bequemes Raucher, lauberes Pappstutzen und schmerzloses Zahngelächter versprach: auch sollte bei ihm der beste Tabak zu haben sein. In seinem Schaufenster lagen Raucherzeug und Streichriemen, Schönheitsmittel aus Pommes und Zahncreme zum Zahnputzen und -aastehen. Dadel Cohn hielt nicht viel von der akademischen Zahngelächter. Er sprach oft von jenen vergangenem jähren Tagen, in denen sich der Patient auf den Zahnstuhlen legte und der Zahnarzt auf ihn lachte, um einen recht schmerzlichen Schnitt zu bekommen. Er warde einen Bohrer an, mit dem er eine Art Kanal in den Zahn bohrte, dann sah man ein anderes Zahnzeug und drehte mit diesem den Zahn so lange um sich selbst herum, bis er endlich heraussam. Ein schärfes Angehen mit der Zange hielt er für unnötig, weil bisweilen Stücke von Zahn zurückblieben. Nach seiner Methode kamen die Wurzel immer ganz heraus. Er besaß einen ganzen Schab voll ange-

zogener Zähne, von denen er einige bisweilen in seinem Fenster ausstellte.

Sein Hauptgeschäft bestand in Haarschneiden, das er vor zwei kleinen Spiegeln vornahm. Zwischen diesen Spiegeln hing ein Porträt von Mr. Gladstone und darunter hatte er ein paar selbstgezeichnete Berge gezeichnet, die ihm so gelangen schienen, daß Onkel Cohn meinte, wenn er nur Zeit gehabt hätte, wäre er wohl ein großer Dichter geworden.

Die Schönheitsmittel stellte er selbst her. Sein Meisterwerk, das Mary Elwin Schönheitswasser, versprach, Flecke von der Haut zu entfernen, die Haut weich zu machen und den Teint zu verschönern. Den Resten dieses großartigen Mittels begleitete er mit schlechten Witzen, und dringend warnte er Polly, es niemals versuchen zu wollen.

Auch ein Haarwasser fabrizierte er, das die wunderbare Wirkung haben sollte, die Haare rasch wachsen zu machen. Es wurde von Frauen angewandt, die ihr eigenes Haar sich abshneiden und verkauft hatten. Auch Perücken verfertigte er, die willige Abnehmer fanden.

Ueber den Haarschnitt hatte sich Dadel Cohn eigene Theorien gebildet. Er prüfte den Kopf — oder den „Skalp“ wie er sagte — und entwidelte den Befund in eigenen Grundrissen, die ganz richtig gewesen sein müßten, da ja bis- noch keine Theorie über die Haare bekannt geworden, die allgemein als richtig anerkannt worden ist. Pollys Haar war seine größte Freude. Da war zu sehen, wie er warnte, was alles aus Haar werden konnte, und jeder Hausmann mußte darüber in Entzücken geraten. (Fortsetzung folgt.)